



DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

HEFT 1

FANAL UND TRAUMA

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE UND
WIRKUNG DER RUSSISCHEN
REVOLUTION VON 1917

*Wolfgang Ruge · Klaus Kinner
Siegfried Prokop*

DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE UND POLITIK DES SOZIALISMUS

HEFT 1

FANAL UND TRAUMA

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE UND WIRKUNG DER RUSSISCHEN REVOLUTION VON 1917

Die intellektuellen Debatten des zu Ende gehenden »Kurzen 20. Jahrhunderts« sind nicht zuletzt Debatten um die Definitionsmacht über die dieses Jahrhundert beherrschenden und prägenden geschichtlichen Kräfte. Der historisch-politische Streit um das 20. Jahrhundert ist in vollem Gange. Im Zentrum einer Jahrhundertbilanz wird zweifellos auch die Russische Revolution von 1917 stehen. Sie hat – wie wohl sonst nur noch der Erste Weltkrieg, die »Urkatastrophe« des 20. Jahrhunderts, und der Sieg der Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg – den Lauf dieses Jahrhunderts geprägt. Beide Ereignisse waren ursächlich mit der Russischen Revolution verquickt. War diese vor allem Kind des Ersten Weltkriegs, so ist das Ende des Zweiten Weltkriegs und die dadurch ausgelöste erneute Welle revolutionärer Umstürze schwer vorstellbar ohne jenes Regime, das aus der Russischen Revolution hervorging.

Der Standard der Jahrhundertdebatte ist durch zwei große Gesamtdarstellungen bestimmt: Eric Hobsbawm: »Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts« sowie – dazu kontrovers – François Furet: »Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert«. Ist dieses Jahrhundert mit seinen Katastrophen Ende oder Anfang? Sind Kommunismus und Faschismus gleichartige oder extrem unterschiedliche Antworten auf Jahrhundertfragen?

Gegen den Mainstream der konservativen Meinungsmacher ist geltend zu machen, daß dieses Jahrhundert ohne den Versuch einer Gesellschaftsalternative, ohne Gegenentwurf an seinem Ende sich mutmaßlich als ein faschistisch und rechtskonservativ beherrschtes Staatensystem (zumindest in Europa und weiten Teilen der Dritten Welt) darstellen würde. Das über den »Realsozialismus« obliegende System hat seinen »Sieg« respektive sein Überleben nicht zuletzt der Herausforderung durch seinen Systemgegner zu verdanken. Mit Hobsbawm ist zu konstatieren, daß eine der Ironien dieses Jahrhunderts darin besteht, daß die Oktoberrevolution den liberalen, parlamentarischen Kapitalismus, den sie beseitigen wollte, am Ende gerettet hat.

Gleichzeitig hat Geschichtsschreibung dieses Jahrhunderts davon auszugehen, daß der Parteikommunismus, der von der Oktoberrevolution intendiert wurde, gescheitert ist. Moderne linke Gesellschaftsanalyse kann nicht einfach an kommunistischen oder auch linkssozialistischen Ideen anknüpfen. Heißt dies, daß die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert nur als Geschichte des Scheiterns einer von Anbeginn verfehlten Idee zu schreiben ist?

Unser Ansatz ist ein anderer. Geschichte als Resultante divergierender Interessen, als offenes System begreifen, heißt auch, sie nicht vom Resultat, dem jeweils vorläufigen, zu schreiben. Geschichte ist insofern nicht nur nach vorn, sondern in gewisser Weise auch nach hinten offen. Der Kommunismus vom Typ der Oktoberrevolution war eine legitime Reaktion auf den damals von den Zeitgenossen jeder Couleur als katastrophal empfundenen Weltzustand. Die Vision vom Untergang des Abendlandes war bekanntlich keine kommunistische. Die Russische Revolution, die kommunistische Weltbewegung, das sozialistische Staatensystem waren keine Betriebsunfälle der Geschichte. Sie sind und bleiben integraler Bestandteil der Geschichte des 20. Jahrhunderts wie der Weltgeschichte. Zukunft der Menschheit kann auch fürderhin nur gedacht und erreicht werden unter Einbeziehung der Geschichte des Sozialismus.

Der Rosa-Luxemburg-Verein eröffnet mit diesem Heft eine neue Reihe, mit der er direkter und rascher als dies in umfangreicheren Druckschriften möglich ist, eingreifen will in den linken Diskurs in diesem Lande. Die vorliegenden Texte – aus unterschiedlichen Anlässen entstanden – verbindet das Mühen um das kritisch-analytische Verstehen jenes Prozesses, der 1917 – beileibe nicht voraussetzungslos – auf den Weg gebracht wurde. Die Reihe heißt nicht zufällig »Diskurs«, also Erörterung, Verhandlung, Unterhaltung, und ihre Beiträge verstehen sich nicht zufällig als Streitschriften. Was hier verhandelt wird ist strittig und muß streitbar erörtert werden. Denn: Unser Wissen über die Vergangenheit ist das einzig Sichere, was wir über die Zukunft wissen können. In diesem Diskurs über das 20. Jahrhundert stehen wir am Anfang. KLAUS KINNER

INHALT

*Wolfgang Ruge · Verschlissene Ideen,
befestigte Macht (3)*

*Klaus Kinner · Fanal und Trauma:
Die KPD und die Russische Revolution,
zehn Jahre danach (23)*

*Siegfried Prokop · Möglichkeiten und Grenzen
des Sozialismus in der DDR (43)*

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 1997
Sternwartenstraße 31 · 04103 Leipzig

Redaktion: Manfred Neuhaus · Korrektur: Ursula Albert · Satz: Daniel Neuhaus
Umschlag unter Verwendung von El Lissitzkys Farblithographie
»Schlagt die Weißen mit dem roten Keil« (1920)

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH · Badeweg 1 · D-04435 Schkeuditz
ISBN 3-92-9994-XX-X

WOLFGANG RUGE
*VERSCHLISSENE IDEEN,
 BEFESTIGTE MACHT*

Die gegenwärtige Welt sieht düster aus. Vieles deutet darauf hin, daß die Menschheit ins Aus schlittert. Fragt man, in welche Richtung Konzeptionen weisen müßten, die diese Entwicklung verhindern könnten, sollte man sich auch den Erfahrungen mit früheren Anläufen zu radikalen Kurswechseln zuwenden. Insbesondere müßten die Ursachen untersucht werden, an denen der von der Oktoberrevolution eingeleitete Erneuerungsversuch scheiterte.

Zahlreiche dieser Ursachen sind, wiewohl keinesfalls erschöpfend, benannt worden – in den letzten sechs Jahren gerade auch von Forschern, Publizisten und Politikern, die ihre Hoffnungen auf die Sowjetunion gesetzt hatten. Hingewiesen wurde auf Defizite in der sozialistischen Theorie,¹ auf die Rückständigkeit des alten Rußland, auf die Isolierung und ideologische Selbstisolierung des Sowjetregimes, auf die mangelnde Effizienz seiner auf Verstaatlichung, nicht auf wirklicher Vergesellschaftung der Produktionsmittel beruhenden Wirtschaft, auf die Einparteienherrschaft, die Absage an demokratische Grundnormen, auf die Mißachtung der Menschenrechte und vieles andere.

Eine der Ursachen des Niedergangs der Sowjetgesellschaft und ihrer schließlichen Implosion bestand aber sicher auch im Verschleiß der Ideen, die seinerzeit zum Oktober geführt hatten. Wendet man sich diesem Niedergang zu, sollte man davon ausgehen, daß Gesellschaftsstrukturen in dieser, keinen Stillstand duldenden Welt nur fortbestehen können, wenn sie wandlungsfähig bleiben, daß aber Wandlungsfähigkeit die Existenz von vorwärtstreibenden Ideen voraussetzt. (Da Ideen von Intellektuellen entwickelt werden,² müßte diese Überlegung Protago-

1 In diesem Zusammenhang ist der Terminus »Utopie« geradezu zu einem höchst unterschiedlich interpretierten Modewort geworden. Teils wird der Utopie schöpferische (siehe zum Beispiel »Utopie kreativ«), teils zerstörerische Kraft (siehe Günther K. Lehmann: Macht der Utopie. Stuttgart 1996) zugesprochen.

2 Auch Lenin betont ausdrücklich, daß »die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung [...] als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären Intelligenz« entstand (W.I. Lenin: Was tun? In: Werke. Bd. 5. S. 386).

nisten der »historischen Mission der Arbeiterklasse« übrigens dazu anregen, ihre These zu überdenken und vom Proletariat eher als »willigem Vollstrecker« vorgegebener Ideen zu sprechen.) Ein weiterer Ausgangspunkt müßte die durch Erfahrung bestätigte Erkenntnis sein, daß ideologiegestützte Macht ihrer Natur nach wandlungsfeindlich ist, nicht zuletzt, weil deren Inhaber den angestauten Problemen meist nur durch die Verhärtung der Ideologie als Mittel zur Ausweitung der eigenen Macht beizukommen versuchen.

Ideen und Macht stehen in diesem Sinne im Widerstreit miteinander. Dies ist aber nicht – wie die in der Geschichtsschreibung gängige Formel »Geist contra Macht« glauben machen könnte – ein Kampf zweier sich frontal gegenüberstehenden Elemente, sondern eine komplizierte Verstrickung zweier historischer Triebkräfte innerhalb ein und derselben Phalanx. Erst wachsen die Ideen zur materiellen Gewalt an, dann bringen sie Macht hervor, schließlich werden sie von eben dieser Macht, die zu ihrer Legitimierung der Kanonisierung des ursprünglichen Gedankenguts bedarf, entleert und mißbraucht. In der Sowjetperiode erreichte der Verschleiß der Revolutionsideen ein solches Ausmaß, daß sie ein dreiviertel Jahrhundert nach der Oktoberrevolution ihre gesellschaftliche Gestaltungskraft völlig eingebüßt hatten und ihre zu Worthülsen verkommenen Reste zur Stützung der Macht untauglich geworden waren.³

Im folgenden soll – trotz des schmerzlichen Unbehagens, den ein solcher Rückblick auslöst – anhand einiger bekannter Sachverhalte gezeigt werden, wo die Dogmatisierung und Verkehrung von Ideen womöglich auf die Mentalität der Revolutionäre zurückging, wo spezifisch russische Gegebenheiten im Spiel waren, wo die Entwicklung dem Zwang objektiver Notwendigkeiten unterlag oder an unüberwindbare Interessensranken stieß, wo die Erneuerer nicht umhin konnten, sich des überkommenen Erbes anzunehmen und wo psychologische beziehungsweise massenpsychologische Ursachen für die Preisgabe von Idealen auszumachen sind.

*

3 Der heutige Massenanhang der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation ist nicht mit dem Festhalten der Menschen an sozialistischen Ideen zu erklären, sondern mit ihrer nostalgischen Sehnsucht nach dem unter Stalin erreichten Weltmachtstatus der UdSSR. Im Grunde sind gegenwärtig alle politischen Kräfte in Rußland – von Elzin über Zirinovskij bis Sjuganov – auf das Stolypin-Wort von 1906 eingeschworen: »Wir wollen, daß Rußland groß wird«.

Am Anfang stand die humanistische Vision von Marx und Engels, denen als Zukunftsgesellschaft eine Assoziation vorgeschwebt hatte, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«⁴. Dieses großartige programmatische Bekenntnis wurde jedoch von seinen Verkündern durch die maßlose Intoleranz entwertet, mit der sie, im Grunde nur sich selbst Gedankenfreiheit zugestehend, ihre Kritiker abkanzeln und verächtlich machten.

Indem sich die Bolschewiki, die die Radikalität der linken russischen Intelligenzija fortgeschrieben hatten, die Lehre von Marx⁵ zueigen machten, übernahmen sie auch dessen arrogante Unduldsamkeit. Lenins hartnäckiger Kampf gegen eigenständige Denker in seiner Partei, die damals noch russische Sozialdemokratie hieß, ist bekannt. In nuce war in seiner Anmaßung, allein im Besitz der Wahrheit zu sein, bereits die theoretische Orthodoxie der künftigen Sowjetgesellschaft angelegt.

Auf die verschwörerischen Traditionen der radikalen Intelligenzija ging auch die von Lenin 1902 konzipierte und 1912 endgültig formierte Partei von Berufsrevolutionären zurück, für deren Mitglieder die Akzeptanz der Revolutionsideen die Verpflichtung sowohl zur bedingungslosen Disziplin als auch zur Etikettierung Andersdenkender als Opportunisten einschloß.

Daß diese Partei, als sie nach der Februarrevolution aus der Illegalität heraustreten konnte, nicht sozialistische Zukunftsvisionen, sondern, die Möglichkeiten des Moments ausschöpfend, aktuelle Losungen in den Mittelpunkt ihrer Massenarbeit stellte, stand vollauf im Einklang mit den Interessen der durch den Krieg aufgewühlten und an den Sturz des Zarenregimes neue Hoffnungen knüpfenden Menschen. Doch bezeugten die beiden wichtigsten Losungen der Partei – Frieden und Aufteilung des Grund und Bodens –, daß die Bolschewiki, die für die Erringung der Macht der Unterstützung der Massen bedurften, sehr willkürlich (man könnte auch sagen: bedarfsgerecht) mit ihren tragenden Ideen umgingen, die sie in einem Fall irre-

⁴ Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: MEW. Bd. 4. S. 482.

⁵ Lenin hat sich zwar, soweit auszumachen war, nie auf den oben zitierten Satz aus dem Manifest berufen, doch versprach auch er (im Entwurf des Parteiprogramms von 1902), daß die »vorbereitete soziale Revolution« zur »Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller ihrer (der Gesellschaft – W.R.) Mitglieder« führen werde (Entwurf des Programms der SDAPR. In: Werke. Bd. 6. S. 13).

führend als unantastbares Absolutum präsentierten, im anderen mit Schweigen umhüllten. Sie waren sich nämlich, zum einen, darüber im klaren, daß »jede große Revolution, und ganz besonders eine sozialistische, [...] undenkbar (ist) ohne einen Krieg im Innern, d. h. einen Bürgerkrieg, der eine noch größere Zerrüttung als ein äußerer Krieg bedeutet«⁶, wußten also, daß sie die mit Friedensversprechungen gewonnenen Soldaten sehr bald unter noch schwierigeren Bedingungen wieder zu den Waffen rufen mußten. Zum anderen lief die Übernahme des populären Agrarprogramms der Sozialrevolutionäre letztlich darauf hinaus, die Bauern über die anvisierte Abschaffung des Privateigentums zu täuschen. (Ihre dritte Forderung – »Alle Macht den Räten!« – bereitete im Nebeneffekt, was aber für den Mann auf der Straße und erst recht für den auf dem Felde undurchschaubar war, die künftige Absage an die Gewaltenteilung vor.)

Desto eifriger bemühte sich die bolschewistische Partei unmittelbar nach dem siegreichen Oktoberaufstand zu verdeutlichen, daß ihre Politik jenen sozialistischen Leitsätzen entsprach, die mit allgemeiner Zustimmung rechnen konnten. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an zwei Regierungsverlautbarungen, die die Abkehr der Sowjetmacht von ihren Gründungsidealen insofern besonders anschaulich dokumentieren, als zwei, drei Jahrzehnte später bedenkenlos über sie hinweggegangen wurde. Es ist dies, erstens, die erste Erklärung Lenins als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, in der er den Grundsatz »keine Annexionen und Kontributionen« bekräftigte⁷ und somit, Kriegsziele als solche ächtend, den Eroberungskrieg generell verfeimte. Stalin verwarf diesen Grundsatz, als er 1939 die Rote Armee (und in ihrem Troß den Geheimdienst) in Polen einmarschieren ließ und Finnland angriff und als er am Ende des Zweiten Weltkrieges Grenzen verschob und Reparationen einforderte.⁸ Ähnlich handelten – Stichwort: Afghanistan 1979 – Stalins Nachfolger.

6 *W.I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Werke. Bd. 27. S. 255.*

7 *Siehe W.I. Lenin: Rede über den Frieden. In: Werke. Bd. 26. S. 239f.*

8 *Zu berücksichtigen ist natürlich, daß Lenin als Repräsentant eines kampfunfähigen Landes gegen einen Gewaltfrieden auftreten mußte (hypothetisch erwog er durchaus, daß das Proletariat, nachdem es in einem Lande gesiegt hätte, in anderen Ländern »den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen« würde. – Siehe W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa.*

Zweitens sei die am 15. November 1917 vom Rat der Volkskommissare feierlich proklamierte »Deklaration der Rechte der Völker Rußlands«⁹ ins Gedächtnis gerufen, die einen endgültigen Schlußstrich unter die Diskriminierung der nichtrussischen Nationalitäten zu ziehen versprach. Auch gegen sie wurde unter Stalin in eklatanter Weise verstoßen, z.B. bei der Deportation verschiedener Völkerschaften (Kalmyken, Sowjetdeutsche, Kabardiner, Balkaren, Inguschen; Tschetschenzen, Krimtataren u. a.) in den vierziger Jahren.¹⁰ Aus der Bekräftigung ihrer sozialistischen Ziele ergab sich für die Bolschewiki, wenn sie vor ihren Anhängern glaubhaft bleiben wollten, die Verpflichtung, ein Bündnis mit den analoge Ziele propagierenden linken Sozialrevolutionären einzugehen.¹¹ Desungeachtet rückte die nur mit taktischen Mitteln, nicht mit Überzeugungsarbeit zu lösende Aufgabe ihrer Machtabsicherung in den Vordergrund ihrer Politik. Es ging darum, die Räte, deren Militärisch-Revolutionäre Komitees wesentlichen Anteil an der Etablierung des neuen Regimes hatten, der Partei unterzuordnen, den Einfluß anderer

In: Werke. Bd. 21. S. 345). Infolge der Verwüstung großer Teile der Sowjetunion durch die deutschen Faschisten befand sich aber auch Stalin 1945 in einer Art Zwangssituation, die seine Wiedergutmachungsforderungen gerechtfertigt erscheinen ließen.

9 Text in: *Istorija sovjetskoj konstitucii (v dokumentach) 1917–1956. Moskva 1957. S. 57f.*

10 Erwähnenswert ist die »Begründung« der Deportationen. Obwohl auch in der Folgezeit keine dies bestätigenden Gerichtsverfahren gegen Einzelpersonen eingeleitet werden konnten, wurde zum Beispiel in dem die Aussiedlung der Wolgadeutschen betreffenden Erlaß des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 pauschal behauptet, daß sich »entsprechend glaubwürdigen Nachrichten der Militärbehörden [...] in den Wolgagebieten unter der dortigen deutschen Bevölkerung Tausende und Zehntausende von Diversanten und Spionen« befänden (zitiert nach Benjamin Pinkus/Ingeborg Fleischhauer: *Die Deutschen in der Sowjetunion. Baden-Baden 1987. S. 307*). Hier wurde die dem sozialistischen Gedankengut Hohn sprechende »Theorie« Andrej V3šinskij's, nach der jeder als schuldig zu gelten habe, der seine Unschuld nicht beweisen könne, auf ganze Völker angewendet.

11 Auch zu dem schon nach wenigen Monaten erfolgten Bruch der Koalition mit den linken Sozialrevolutionären gab es für die Bolschewiki keine Alternative, weil die Sowjetmacht ihrer (sicher zutreffenden) Auffassung nach die von den Sozialrevolutionären geforderte Ablehnung des Brester Verzichtfriedens nicht überstanden hätte. Von den Umständen erzwungen war gleicherweise die bolschewistische Reaktion auf den Putsch vom 6. Juli 1918, dessen Hintergründe und Folgeerscheinungen (Verurteilung Maria Spiridonowas und Jakow Bljumkins und deren anschließende Haftverschonung) bis heute nicht geklärt sind.

Parteien, der Gewerkschaften und gewerkschaftsähnlicher Organisationen in den Sowjets zurückzudrängen und die freigeählte, mehrheitlich nichtbolschewistische Konstituierende Versammlung zu sprengen.

Wie immer man die sich damit anbahnende Einparteienherrschaft der Bolschewiki einschätzen mag – einen anderen Weg gab es für sie nicht. Steht doch außer Frage, daß die Ergebnisse des Oktoberumsturzes, deren Preisgabe in ihren Augen auch einem Verrat an ihren Ideen gleichgekommen wäre, nur durch eine monolite und vor nichts zurückschreckende – im Klartext eben: bolschewistische – Führung bewahrt werden konnten, während eine Aufteilung der Macht zwischen den konsequenten Revolutionären und den ihnen mißtrauenden schwankenden demokratischen Parteien und Gruppen zum Zerbröckeln und zum Untergang der neuen Staatsmacht geführt hätte.

Die Behauptung der Macht avancierte denn auch zur Frage aller Fragen, als die bewaffnete Konterrevolution, arbeitsteilig mit ausländischen Interventen zusammenwirkend, sehr bald zur Offensive gegen die Revolutionsregierung schritt und damit einen drei Jahre währenden schrecklichen Bürgerkrieg auslöste. Gewalt und Gegengewalt prallten aufeinander und verwandelten das Land in einen Hexenkessel, in dem sich Rote, Weiße, Grüne, Separatisten und Angehörige der Expeditionskorps auf dem Rücken der Bevölkerung gegenseitig zerfleischten und massakrierten. Isaak Babel spricht von dieser Zeit als »einer erlebten Hölle und endlosen Totenmesse«¹².

Mit Blick auf den bevorstehenden Überlebenskampf hatte die Sowjetmacht schon sechs Wochen nach ihrer Etablierung als oberste Sicherheitsbehörde die Tscheka (Allrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage) geschaffen. Das war eine notwendige und zugleich verhängnisvolle Entscheidung. Notwendig war sie, weil der bedrohte und auf Gewaltanwendung angewiesene Staat nicht ohne ein Leitzentrum auskommen konnte, das die

12 Anfangs bemühten sich einige, allgemeinen Kulturvorstellungen verbundene Bolschewiki noch um die Einhaltung eines von elementaren menschlichen Verhaltensnormen geprägten Reglements, ließen zum Beispiel den am 14. November 1917 nach dem Gefecht bei Pulkowo in Gefangenschaft geratenen weißen General Pjotr Krasnov auf Ehrenwort (das dieser natürlich brach) frei und schafften vorübergehend – gegen den Willen Lenins – die Todesstrafe ab. Derartige Bemühungen wurden jedoch durch das anbrechende blutige Chaos des Bürgerkrieges restlos hinweggeschwemmt.

Zwangsmaßnahmen effizient gestaltete, koordinierte und überwachte. Verhängnisvoll aber war sie, weil mit dem neuen, naturgemäß vorwiegend im Verborgenen agierenden Organ der Grundstein für ein Repressionsmonopol gelegt wurde,¹³ das infolge des eigengesetzlichen Auswucherns derartiger Institutionen¹⁴ (auch wenn dort anfangs zahlreiche ergebene Revolutionäre tätig waren) in die Hände von Machttechnokraten geraten konnte oder sogar mußte, für die es weder »die freie Entwicklung eines jeden« noch eine Schwelle zwischen zweckgerichteter Gewaltanwendung und Terror gab. Jedenfalls wurde diese Schwelle schon inmitten der Bürgerkriegswirren, des damaligen Elends und der allgemeinen Verzweiflung überschritten. Die Tscheka ging von der Verurteilung Schuldiger zur Bestrafung Verdächtiger über, weitete den Kreis der mit Internierungen und Geiselnahmen drangsalierten Verdächtigen ununterbrochen aus und verstrickte immer mehr Unschuldige in das von Denunzianten und Ehrgeizlingen geknüpfte Netz der Drohungen, Nötigungen und abgepreßten Geständnisse. Symptomatisch für den Zynismus der Tscheka und ihrer Nachfolgeorganisationen (Ende der zwanziger Jahre der GPU, später des NKWD) ist beispielsweise, daß sie die von ihnen massenweise eingerichteten Strafanstalten, in denen die Häftlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen vegetieren und staatlich eingeplante Zwangsarbeit¹⁵ verrichten mußten, als »Besserungslager« (Ispravitel'no-trudovye lageri) bezeichneten. Rückhalt für diese und andere verbrecherische Praktiken suchend, mußte sich die Geheimpolizei logischerweise zunehmend jenen Spitzenrepräsentanten des Regimes als skrupellose Helferin andienen, die selbst moralisch verwahrlost waren und sich auf die ursprünglichen Revolutions-

13 Obwohl die Kompetenzen der Tscheka und ihrer Nachfolgeorganisationen nicht zu allen Zeiten gleich waren, blieb der Geheimdienst doch fast ununterbrochen sowohl für die Verbrechensermittlung als auch für die Anklage, für die Urteilsfindung und den Strafvollzug zuständig.

14 Im März 1918 hatte die Tscheka 120, Ende 1921 schon 143 000 Mitarbeiter (siehe Lennard D. Gerson: *The Secret Police in Lenin's Russia*. Philadelphia 1976. S. 26 und 39). In den achtziger Jahren waren allein in Moskau 89 000 Angestellte des KGB (der Tscheka-Nachfolge) tätig (siehe Jewgenija Albaz: *Geheimimperium KGB*. München 1992. S. 32).

15 Der dritte Fünfjahresplan (1938–1942) sah zum Beispiel vor, daß durch Häftlingsarbeit ein Bauvolumen von 12 Milliarden Rubeln erbracht werden sollte (siehe O. V. Chlevnjuk/L. P. Berija. In: G. A. Bordjugov [Izd.]: *Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednich let*. Moskva 1996. S. 147).

ideen nur noch zur Bemäntelung diktatorischer Ambitionen beriefen. So entartete die Staatssicherheit zwei Jahrzehnte nach ihrer Gründung zu einer mit der Ausrottung eines Großteils der Parteielite, der Verfolgung selbständig Denkender und der Einschüchterung der gesamten Bevölkerung betrauten Privatarmee des Alleinherrschers und verwandelte sich objektiv in einen der erfolgreichsten Totengräber des Regimes, zu dessen Schutz sie einst ins Leben gerufen worden war.

Diese Entwicklung wurde nicht nur durch den Aufbau des Staates von oben nach unten und die damit zusammenhängende Unkontrollierbarkeit der Exekutivorgane ermöglicht. Mindestens ebenso bedeutsam war, daß die Bolschewiki eine Frage, vielleicht die Kernfrage der von ihnen errichteten Ordnung überhaupt, gar nicht stellten, nämlich die Frage nach dem Verhältnis von Zwang und Überzeugung bei der Sicherung einer Massenbasis des neuen Regimes. Lenin hatte zwar schon elf Jahre vor der Revolution erklärt, daß es sich bei der als Diktatur des Proletariats umschriebenen Parteiherrschaft um eine »durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und absolut keine Regeln eingeengte [! – W. R.], sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht«¹⁶ handeln werde, aber der konkreten Frage, wer gegen wen und in welchem Umfang Gewalt anwenden werde, mit dem unbestimmten Hinweis auf das machtausübende »*revolutionäre Volk*« ausgewichen. Hatte er sich mit dem ersten Teil dieser Äußerung als der nüchterne Realist ausgewiesen, als der er hinlänglich bekannt ist, so offenbart deren zweiter Teil, daß er zugleich ein Träumer war, der dort, wo die Wirklichkeit nicht seinen Vorstellungen entsprach, Erwünschtes (hier: das »*revolutionäre Volk*«) als Gegebenes oder zumindest als zwangsläufig Entstehendes ausgab. Solchen Zweckoptimismus entwickelten auch viele seiner Genossen der ersten Stunde.

Die alten Bolschewiki waren zweifellos zutiefst davon überzeugt, im Interesse der übergroßen Mehrheit der Menschen zu handeln und erwarteten dementsprechend, daß die Massen früher oder später ihrer Politik zustimmen würden.¹⁷ Diese Er-

16 *W.I. Lenin: Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei. In: Werke. Bd. 10. S. 244.*

17 *Ende 1922 sagte Lenin zum Beispiel: »Es ist notwendig, alles zu überprüfen, damit die Massen und die ganze Bevölkerung unseren Weg überprüfen und sagen: Ja, das ist besser als das alte System.« (Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets, 29. November 1922. In: Werke. Bd. 33. S. 428.) Seine Blauäugigkeit erhellt auch daraus, daß er in seiner kurz vor der Revolution veröffent-*

wartungen erfüllten sich jedoch nicht. Es erwies sich, daß die Mehrheit der Bevölkerung nur durch die Androhung und den Einsatz von Zwang zur Hinnahme der bolschewistischen Herrschaft zu bewegen war. Man könnte dies mit der äußerst ungünstigen Ausgangssituation der russischen Revolution erklären, vor allem damit, daß die marxistische Revolutionstheorie, die umzusetzen die Bolschewiki angetreten waren, einer sozialistischen Revolution nur in Ländern mit einer proletarischen Bevölkerungsmehrheit (allenfalls mit einer Mehrheit aus Arbeitern und bündniswilligen anderen Werktätigen) Siegeschancen einräumte,¹⁸ in Rußland aber der Anteil der Arbeiter, selbst wenn man die noch mentalitätsmäßig eng mit dem Dorfe verbundenen hinzurechnet, nur bei etwa 4 Prozent lag. Noch geringer war die Anzahl der politisch aktiven, von den Parolen der Revolutionäre mitgerissenen Industrieproletarier. Wenngleich die oft grenzenlose Einsatz- und Opferbereitschaft dieser schmalen Schicht, der man Bewunderung nicht versagen kann, naturgemäß in erster Linie auf die Hoffnung zurückging, sich der verhaßten Ausbeuter entledigen, selbst über Fabriken und Werke, über Arbeitsbedingungen und Löhne entscheiden, also die unmittelbaren Lebensverhältnisse verbessern zu können,¹⁹ so waren diese Menschen, denen das ferne Endziel allerdings eher als Glaubensersatz diente, doch der propagierten sozialistischen Theorie gegenüber aufgeschlossen.

lichten Arbeit »Staat und Revolution« erklärte, alle des Lesens und Schreibens kundigen Bürger (jeder, der »die vier Grundrechenarten beherrscht«) würden »der Reihe nach« zur Verwaltung des Staates und zur Leitung der Wirtschaft herangezogen (siehe ebenda. Bd. 25. S. 439 und 488).

18 *Gegenwärtig muß allerdings eingeräumt werden, daß diese konstruierte Abhängigkeit, die zur Vorhersage des Erfolgs der proletarischen Revolution verleite, nicht besteht. Abgesehen davon, daß das Proletariat in den entwickelten Ländern weder zahlenmäßig ununterbrochen wächst noch der absoluten Verelendung anheimfällt, hat die Entwicklung gezeigt, daß dort auch die Arbeiter am Wohlstand partizipieren und infolgedessen der bürgerlichen (spießhaften) Mentalität verfallen, so daß ihre Revolutionsbereitschaft in diesen Ländern gegen Null tendiert.*

19 *Viele dieser Menschen hielten auch unter den schwierigsten Bedingungen, ihre Selbstverwirklichung im Kampf findend, an ihrer Bindung an die Revolution fest, andere zogen sich, da ihre Erwartungen unerfüllt blieben, auf die schwierige Meisterung des eigenen Überlebens zurück und mußten sich von Lenin den Vorwurf der »Deklassierung« gefallen lassen (siehe zum Beispiel W. I. Lenin: Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. In: Werke. Bd. 33. S. 50).*

Wie aber verhielt es sich mit der Möglichkeit, sozialistische Ideen in die Masse der Menschen hineinzutragen, konkret: in die Bauernschaft, die mindestens vier Fünftel der Bevölkerung ausmachte? An dieser zutiefst religiösen und hergebrachten Lebensnormen verhafteten Mehrheit, die zwar unter der Landnot litt und gegen Ungerechtigkeiten vor ihrer Haustür aufgebracht war, prallten weltanschaulich untermauerte Argumente einfach ab, nicht zuletzt, weil diese Mehrheit ihrer Geistesverfassung und ihrem kulturellen Niveau nach solchen Argumenten gar nicht zugänglich war. Die Haltung der Bauern zur neuen Staatsmacht mußte ganz simpel davon abhängen, ob und wie sich diese Macht ihrer unabweisbaren Interessen annahm.

Diesen Tatbestand hatten die Bolschewiki zwar erkannt, doch darf bezweifelt werden, daß sie sich auch der daraus ergebenden weitreichenden Folgen – entweder ständige Konfrontation mit der Bevölkerungsmehrheit oder langfristige Abstriche an der eigenen Zielsetzung²⁰ – bewußt waren. Daß die Faszination der Antikriegs-Losungen, durch die die Bauern im Sommer 1917 überhaupt erstmals von der Existenz der Bolschewiki erfahren hatten, nur von kurzer Dauer sein konnte, wurde bereits erwähnt. Welche Ausmaße ihre Desillusionierung erreichte, zeigen die zu recht als Achillesferse der Roten Armee bezeichneten Massendesertionen von Bauernsöhnen während des Bürgerkrieges.²¹ Die Sowjetmacht hatte keine andere Wahl, als darauf mit Repressalien und Zwang zu reagieren,²² also eine schwere Belastung ihres Verhältnisses mit der Bevölkerungsmehrheit in Kauf zu nehmen.

Noch gravierender (und dauerhafter) wurden die Beziehungen zwischen den neuen Machthabern und der Bauernschaft

20 *Mit der Neuen Ökonomischen Politik nahm Lenin, wie bekannt, 1921 solche Abstriche vor, doch sind seine Aussagen über die Dauer dieses »Rückzugs«, dessen Ende er bereits im März 1922 verkündete (siehe Politischer Bericht des ZK der KPR(B). In: Werke. Bd. 33. S. 271), äußerst widersprüchlich.*

21 *Nach wahrscheinlich geschönten offiziellen Angaben desertierten 1919 allein an der Südfront mehr als 400 000 Mann (siehe Sovetskaja istoričeskaja enciklopedija. T. 6. Moskva 1965. Sp. 65).*

22 *An allen Fronten und in sämtlichen Armee-Einheiten wurden Anti-Desertions-Komitees eingerichtet, die in großem Umfang drakonische Strafen (Verfolgung der Angehörigen, Eingliederung in Himmelfahrtskommandos, standrechtliche Erschießung) verhängten. (Siehe dazu auch Leo Trotzki: Mein Leben. Berlin 1990. Dort heißt es auf S. 367: »Man kann eine Armee nicht ohne Repressalien aufbauen. Man kann nicht Menschenmassen in den Tod führen, ohne im Arsenal des Kommandos die Todesstrafe zu haben.«)*

durch ihre auseinanderklaffenden Interessen in der Grund-und-Boden-Frage belastet. Die Sowjetregierung hatte den Bauern zwar, was angesichts der vielerorts bereits in Gang gekommenen Landnahme oft lediglich als Sanktionierung des spontanen Geschehens empfunden wurde, den Boden zugesprochen, doch sah sie sich kurze Zeit später, wollte sie nicht Armee und Städte verhungern lassen, genötigt, den Großteil des auf diesem Boden geernteten Getreides zu requirieren und damit die Landvergabe zur Fiktion zu entwerten. Da oft nicht nur die vermeintlichen Überschüsse, sondern auch das für die Ernährung und die Aussaat erforderliche Korn mit äußerster Rücksichtslosigkeit beschlagnahmt wurde,²³ setzten sich die Bauern vielerorts zur Wehr,²⁴ verjagten die aus den Städten anrollenden Beschaffungskommandos, ermordeten deren Mitglieder, überfielen Amtsstuben und setzten Speicher in Brand. Es kam zu hunderten von Bauernaufständen, von denen einige ganze Gouvernements monatelang in Atem hielten.

Der bäuerliche Widerstand zwang die Sowjetregierung 1921, zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) umzuschwenken und die von der gesamten Landbevölkerung erstrebte private Wirtschaftsführung als Grundlage der Agrarstruktur anzuerkennen. Dieser – nach dem Grund-und-Boden-Dekret vom November 1917 – zweite Versuch der Bolschewiki, die Bauern mit ihrem Regime zu versöhnen, wurde von beeindruckenden Alphabetisierungs- und Agitationskampagnen begleitet, die aber die

23 »Der Bauer«, gestand Lenin auf dem 10. Parteitag (März 1921) ein, »muß ein wenig Hunger leiden, um dadurch die Fabriken und die Städte vor dem Verhungern zu bewahren.« (W. I. Lenin: Bericht über die politische Tätigkeit des ZK. In: Werke. Bd. 32. S. 187.)

24 In ihrer Bauernpolitik versuchten sich die Bolschewiki anfangs, auf die Dorfarmut zu stützen, die von ihnen bei der Aufteilung des gutsherrlichen Bodens, des Viehs und des Inventars bevorzugt wurde. Diese Politik zahlte sich jedoch nicht aus, weil die armen Bauern, erstens, nicht zur Vermehrung des Getreideaufkommens beitrugen und, zweitens, ihre Anmaßungen einen regimegefährdenden Widerstand des größten Teils der Landbevölkerung auslösten. Deshalb wurden die Komitees der Dorfarmut (Kombedy) schon unmittelbar nach der Erntekampagne 1918 wieder aufgelöst. Der 8. Parteitag (März 1919) verkündete ein Bündnis mit den Mittelbauern, und auf dem 8. Sowjetkongreß (Dezember 1920) erklärte Lenin nicht die sogenannten Kulaken, sondern die »Faulenzer« zu Feinden der Sowjetmacht (siehe Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare. In: Werke. Bd. 31. S. 501). In der Folgezeit tauchte in seinen Reden immer häufiger der Terminus »parteilose Bauern« auf, mit dem er offenbar auf das Wohlwollen auch der Kulaken abzielte.

interessenbedingte Eigentumsmentalität der Bauern nicht ausräumen konnten.

In der Annahme, daß es möglich sei, das der Theorie nach objektiv bestehende Verhältnis Basis – Überbau vorübergehend auszuhebeln, glaubte die bolschewistische Führung bei der Einleitung der NÖP, einer durch die wirtschaftliche Lockerung begünstigten Belebung unorthodoxer und nichtsozialistischer Ideen mit Propaganda und Zwang vorbeugen zu können. Sie sorgte für ein Klima der moralischen und rechtlichen Diskriminierung aller von der NÖP profitierenden Schichten,²⁵ verbot die letzten (ohnehin bereits halblegalen) nichtbolschewistischen Parteien und leitete die verstärkte Knebelung nichtkonformer Gedanken sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei in die Wege. Der 10. Parteitag beschloß das bekannte Fraktionsverbot, das in der Folgezeit zur Verpflichtung aller Kommunisten erweitert wurde, die theoretischen Positionen der Führung gegebenenfalls auch gegen die eigene Überzeugung zu vertreten. Damit wurden Meinungs austausch und -streit, die angesichts der vor der Gesellschaft stehenden historisch beispiellosen Aufgaben unverzichtbar gewesen wären, durch eine Art innerparteilichen Ausnahmezustand blockiert. Während sich ausländische Kommunisten noch mit Grundfragen der marxistischen Theorie befassen konnten, erstarrten die in der Sowjetunion weiterhin plakativ verbreiteten sozialistischen Ideen zu Sprüchen, bei deren Aneignung auswendig gelernt werden mußte, daß – bei ein Stalin-Wort zu zitieren – die Meisterung der marxistischen Theorie »nicht (bedeute), alle ihre Formeln und Schlußfolgerungen auswendig zu lernen«.

Die schon im Bürgerkrieg auf der mittleren Ebene eingeleitete Verdrängung der ehemals in der Partei dominierenden Intellektuellen schritt dementsprechend weiter voran. Ihren Platz nahmen Politpraktiker ein – Truppenkommandeure, Verwal-

25 Symptomatisch ist zum Beispiel ein Brief, den Lenin noch wenige Monate vor seinem ersten Schlaganfall (am 20. Februar 1922) an Justizkommissar Kuskowski richtete. Obwohl doch kleinere privatkapitalistische Betriebe zugelassen waren, forderte er darin, »jeglichen Kapitalismus, der den Rahmen des Staatskapitalismus, wie WIR den Begriff und die Aufgaben der Staatsmacht verstehen, überschreitet, [...] einzuengen, zu bändigen, zu kontrollieren, am Tatort dingfest zu machen, eindringlich zu bestrafen«. Er verlangte, die »NÖP-Leute«, die sich zwar an den Buchstaben, nicht aber an den Geist der Sowjetgesetzgebung hielten, zu erschießen (siehe V.I. Lenin: Polnoe sobranie sočinenij. T.44. S. 397ff.).

tungsorganisatoren, Wirtschaftsfachleute (teilweise auch Karrieristen²⁶) –, die zumeist in der Tat besser zur Bewältigung der brennenden Herausforderungen geeignet waren als die gebildeten Parteigenossen, die emsig die Unausbleiblichkeit der Weltrevolution zu beweisen suchten.

Stärker noch als der Einfluß der Parteiintelligenz wurden die Wirkungsmöglichkeiten der – nach der ersten Emigrationswelle – im Lande verbliebenen nichtmarxistischen Intellektuellen beschnitten, die sich teils aus Furcht, teils aus einem natürlichen Anpassungsbedürfnis heraus mit den veränderten Verhältnissen abgefunden hatten und ihr Stillhalten mit ihrer Sorge um die russische Wissenschaft, ganz allgemein mit ihrem Patriotismus oder der inneren Verpflichtung rechtfertigten, zum Volke halten zu müssen und sich gelegentlich auch auf ihre einstige Opposition gegen das Zarenregime beriefen. Verschont blieben zwar vorerst – bis zum Ende der zwanziger Jahre – jene Fachleute, die wegen des Kadern mangels im Bürgerkriege als Militärspezialisten oder beim beginnenden Wiederaufbau als Wirtschaftsmanager vom Staat herangezogen worden waren. Dafür traf es die herausragenden Größen der Geisteswissenschaften um so härter. Bekannt geworden sind vor allem die 1922 erfolgten Ausweisungen von namhaften Philosophen, Soziologen, Theologen, Historikern und Literaturkritikern, denen für den Fall ihrer eigenmächtigen Rückkehr in die Heimat die Todesstrafe angedroht wurde. Der Gesinnungsterror gegen diese Gelehrten war von eigens damit beauftragten Parteiideologen vorbereitet worden, die aus den Werken der Auszubürgernden »klassenfeindliche« Sentenzen herausgefiltert, aber nicht begriffen hatten, daß sie mit der Unterbindung der Kritik an den sozialistischen Ideen auch deren Lebens- und Durchsetzungskraft schwächten, weil mit der Notwendigkeit, diese Ideen zu verteidigen, auch der Anlaß entfiel, die Theorie an der Realität zu überprüfen.

Kurz nach Beginn des mit der NÖP eingeleiteten ökonomischen Rückzugs und der zeitgleichen ideologischen Offensive, als die Partei- und Staatsbürokratie die Szene schon weitgehend

26 Die Parteireinigungen, bei denen bis zu einem Viertel der Mitglieder ausgeschlossen wurden (bei der »čistka« 1921 zum Beispiel 21,4 Prozent (siehe Sovetskaja instoričeskaja enciklopedija. T. 16. Moskva 1976. Sp. 62), verfolgten anfangs vor allem das Ziel, den Zustrom von Postenjägern, der natürlich nicht ganz gestoppt werden konnte, zu unterbinden. Später dienten sie zur Überprüfung der Ergebenheit der Genossen und zur Ausmerzung jeglicher Kritik an der Parteiführung.

beherrschte, schied Lenin aus dem politischen Leben aus. Im Kampf um seine Nachfolge, der schon während seiner Krankheit begonnen hatte, profilierten sich die auf die etablierte Nomenklatura und deren administratives Geschick setzenden Spitzenfunktionäre, die durchweg auch persönliche Machtambitionen hegten. Lenin selbst scheint sich mit personalistischen Kriterien bei der Auswahl seiner Nachfolger abgefunden zu haben, ging er doch in seinem Testament vorrangig auf die charakterlichen Eigenschaften der Kandidaten ein und warnte, statt auf die drohende Verknöcherung der Ideologie zu verweisen, vor Schäden, die die Partei durch persönliche Rivalitäten erleiden könne.

Erklärlicherweise setzten sich in den um Herrschaftsstrukturen und Zuständigkeiten geführten Diadochenkämpfen die versiertesten und skrupellosesten Machtpolitiker durch. Dimitri Wolkogonow, der den Egoismus, den Ehrgeiz und die Eitelkeit der einzelnen Kontrahenten ausführlich schildert, schreibt zu recht: »Der Leser könnte den Eindruck gewinnen, daß ich dem persönlichen Kampf zuviel Aufmerksamkeit widme. Aber damals spielte er diese Rolle«²⁷.

Die Sieger im Machtgerangel verdankten ihren Erfolg nicht zuletzt der in Diktaturen besonders kraß hervortretenden Neigung der Menschen, sich in hierarchische Systeme einzupassen, sich also der Obrigkeit unterzuordnen, um die eigene vermeintliche Überlegenheit gegenüber den »Unteren« auskosten zu können. Den Nachfolgern Lenins kam gleicherweise zugute, daß das Sowjetregime nunmehr relativ gefestigt dastand, so daß es auch von dem nicht minder verbreiteten Hang der Menschen profitieren konnte, sich auf die Seite der stärkeren Bataillone zu schlagen.

Von solcherart Motiven war nicht nur das Verhalten auf der unteren und mittleren Funktionärebene geprägt, sondern auch das der sich neu formierenden, zumeist aus der Dorfjugend stammenden Arbeiterschaft, die durch die beiden Lenin-Aufgebote 1924 und 1925 ein größeres Gewicht in der Partei erlangte, sowie die Haltung der sich langsam herausbildenden sowjetischen technischen Intelligenz. Die Angehörigen dieser Schichten identifizierten sich mit der Sowjetmacht auch deshalb, weil ihnen erst durch das Wiederaufbauprogramm und dann durch die anspruchsvollen Industrialisierungspläne ein

27 *Dimitri Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie. Düsseldorf 1989. S. 165f.*

Bewährungsfeld zugewiesen wurde, auf dem sie sich bestätigen konnten und auf dem sie tatsächlich überragende Leistungen erbrachten. Diese Menschen betrachteten die in der Parteispitze noch immer aufflackernden Diskussionen über theoretische Fragen, denen sie in der Regel nicht zu folgen vermochten, als sinnlose, die Parteieinheit gefährdende Kraftvergeudung und folgten den betont »volksnah« auftretenden Führern, die die propagierten Ideen auf simplifizierte Aussagen reduzierten. Von großer Bedeutung war dabei das ins Spiel gebrachte Schlagwort vom »Sozialismus in einem Lande«, das, nur äußerlich an alte Visionen anknüpfend und keine konkreten Vorstellungen über eine künftige Gesellschaftsverfassung vermittelnd, bestach, weil es den Angesprochenen die eigene Tüchtigkeit bescheinigte und ihnen obendrein das stolze Bewußtsein suggerierte, mit Rußland an der Spitze des Fortschritts in der Welt zu marschieren. So begann die schleichende Wiederbelebung des großrussischen Nationalismus, der später, im Krieg gegen Hitlerdeutschland, eine gewaltige mobilisierende Wirkung erlangte, aber nur ein knappes Jahrzehnt nach der Niederwerfung des mit der Judenvernichtung besudelten Faschismus das Einschwenken auf einen unverblümt antisemitischen Kurs ermöglichte²⁸ und gegenwärtig Wasser auf die Mühlen chauvinistischer Volksverhetzer leitet.

Die auch während der NÖP latent schwelende Antisowjetstimmung des überwiegenden Teils der Bauernschaft kam am Ende der zwanziger Jahre erneut zum Ausbruch, als sich der nun auf den ersten Platz im Machtapparat aufgerückte Stalin zur Kollektivierung der Landwirtschaft entschloß, um damit eine Reihe miteinander verzahnter Aufgaben zu lösen. Insbesondere ging es ihm darum, die Hauptlast der forcierten Industrialisierung den Bauern aufzubürden, bei der Durchpeitschung der darauf ausgerichteten Generallinie ein Exempel für die alte Partielite zu statuieren und alle durch die Duldung privater Initiativen begünstigte Regungen zu ersticken, namentlich auch den Einfluß der letzten nicht vom Staat kontrollierten gesellschaftlichen Kraft, der Kirche, auszuschalten. Bei der Realisierung dieses Konzepts wurde der Widerstandswille der in den Ruin gedrängten Bauernschaft endgültig mit brutalen Zwangsmaß-

²⁸ Siehe dazu unter anderem Arkadi Waksberg: *Die Verfolgten Stalins*. Reinbek bei Hamburg 1993. S. 179ff. und Ja. A. Pevsner: *Vtoraja zisn'*. Moskva 1995. S. 481ff.

nahmen – Enteignungen, Massenaussiedlungen, Aushungerung ganzer Gebiete – gebrochen, die Millionen von Menschenleben kosteten.

Ähnlich wie den Bauern erging es den anderen, nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Werktätigen. Der Spielraum der Handwerker, Gewerbetreibenden, Einzelhändler usw., die den größten Teil der nichtbäuerlichen Bevölkerung stellten und durch das Elend der Bürgerkriegsjahre ihrer Existenzgrundlagen beraubt gewesen waren, hatte sich zwar in der NÖP wieder erweitert, doch wurden sie während der Kollektivierung den Kulaken gleichgestellt und mithin, wie es hieß, »als Klasse« liquidiert.

Anfangs 1934 zelebrierte der Parteiparat den »Parteitag der Sieger«, der, weil er die Alleinherrschaft Stalins festschrieb, zutreffender als »Parteitag *des* Siegers« bezeichnet werden müßte. Die Spitzenrepräsentanten der Partei hatten nun keine Ideen mehr zu bieten und überschlugen sich statt dessen in kriecherischen Huldigungen der Macht und ihres Inhabers, des unfehlbaren »weisen Steuermanns«.

Diktatoren sind jedoch mißtrauisch, heimtückisch und der Versuchung erlegen, ihren Untertanen durch monströse Machtentfaltung Furcht und Unterwürfigkeit einzuflößen. Ein Jahr nach dem 17. Parteitag entfesselte Stalin den Großen Terror. In Schauprozessen (1936–1938) wurden die einst für ihren Gedankenreichtum weltweit bekannten Führer des russischen Kommunismus als ehrlose Kriminelle vorgeführt. Der Terminus »Opposition«, mit dem gemeinhin Gruppen bezeichnet werden, die hinsichtlich ihrer Ziele mit der Mehrheit übereinstimmen, diese aber auf anderen Wegen zu erreichen trachten, wurde im sowjetischen Sprachgebrauch zum Synonym für »Hochverrat«. Hunderttausende von Partei- und Staatsfunktionären, die sich mit all ihrem Können und ihrer Energie für den Aufbau des Sowjetstaates eingesetzt hatten, wurden, wie auch Millionen einfacher Bürger, der feindlichen Einstellung zur Macht bezichtigt, in Straflager verfrachtet oder erschossen. Niemand war gegen die in Permanenz wütende staatliche Willkür gefeit. Daniil Granin beklagt, daß der Begriff der Barmherzigkeit in jenen Jahren abhanden kam.

Sich auf die von ihr entstellten Fortschrittsideen berufend, maßte sich die Sowjetführung die Rolle des obersten Zensors und Exekutors in Wissenschaft und Kunst an, unterband die Herausbildung wissenschaftlicher Schulen, denunzierte ganze Wissenszweige als »feindlich«, warf weltbekannte Gelehrte ins

Gefängnis und förderte in zahlreichen Fällen servile Nichtsköner. Zynisch entwickelte sie primitive Parolen, die zu Glanzleistungen überragender Theoretiker erklärt wurden. So leitete Stalin 1934 den Feldzug gegen die Kader mit der Losung »Kader entscheiden alles« ein und belehrte die von Angst geschüttelte Gesellschaft 1936 darüber, daß das Leben besser und heiterer geworden sei. Auf dem Höhepunkt des Großen Terrors ließ er in einer neuen Verfassung (an deren Text noch die bald als »Volksfeinde« hingerichteten Nikolai Bucharin und Karl Radek mitgearbeitet hatten) den »Sieg des Sozialismus« in der Sowjetunion verkünden.

Bei anderen Eingriffen in das gesellschaftliche Leben dieser Jahre hielt es die Führung, die sich auf die Disziplinierung der Bürger verlassen konnte, nicht einmal für erforderlich, sozialistische Phrasen zu bemühen. Das betraf die weitere Entrechtung der im Alltag ohnehin benachteiligten Frauen durch Abtreibungsverbot und Rückbesinnung auf patriarchalische Familientraditionen, die Wiedereinführung des Kadavergehorsams in der Armee, die die Rückkehr zu den zaristischen Dienstgraden und zu kirchenslawischen Grußformeln einschloß, die an der Vergangenheit orientierte Umgestaltung des Schulwesens und vieles andere mehr. Im Grunde gehörte dazu auch die 1937/1938 durch die Verhaftung eines Großteils der Mitarbeiter erfolgte (formal erst 1943 vollzogene) Liquidierung der Kommunistischen Internationale, die eine Absage an den sozialistischen Internationalismus bedeutete und insofern – fast möchte man sagen: die noch ferne Auflösung der Sowjetunion präjudizierend – einen der Werte zerstörte, aus denen der kommunistische Staat seine Existenzberechtigung ableitete.²⁹

Durchaus denkbar ist, daß diese und andere restaurative Veränderungen – nicht im einzelnen, aber in ihrer Gesamtheit – der nach historischen Umbrüchen häufig zu beobachtenden Tendenz einer partiellen Rückkehr zum ancien régime entsprachen, einer Tendenz, die oftmals gerade von Umbruchs-Emporkömmlingen genutzt wird, um ihre Macht durch den Wiederanschluß an die nationale (im konkreten Fall müßte man eher sagen: imperiale) Identität zu festigen. So gesehen, lägen derartige Verän-

²⁹ Das 1947 gegründete Kominformbüro, das seine Tätigkeit nach Stalins Tod einstellte (formal wurde es 1956 aufgelöst), kann nicht als versuchte Neubelebung des Internationalismus gesehen werden. Es war lediglich ein Instrument zur bedingungslosen Durchsetzung der sowjetischen Großmachtpolitik in den von der UdSSR abhängigen Staaten.

derungen im Rahmen der Normalität. In der damaligen Sowjetunion sprengten sie jedoch diesen Rahmen, weil die Führung in anderen Bereichen weiterhin vorgab, sich auf die sozialistische Theorie zu stützen, so daß die Menschen die Orientierung verloren und oft nicht einmal mehr wußten, ob sie sich vor Marx oder vor dem heiligen Alexander Newski verneigen sollten. Zur Beeinflussung und Mobilisierung der ständig zu neuen Kampagnen aufgerufenen Massen erwiesen sich die marxischen Emanzipationsideen jedenfalls immer weniger geeignet.

Solche Ideen oder auch nur humanistisch angehauchte Überlegungen wurden nicht einmal beim stillschweigend erfolgten Abbruch des Großen Terrors vorgeschützt. Die Führung, der es fern lag, eine grundsätzliche Kursänderung vorzunehmen,⁵⁰ sah sich zur Beendigung der Massenrepressalien einzig und allein genötigt, weil sich der Aderlaß an der Volkssubstanz immer verheerender auf die Entwicklung der Wirtschaft⁵¹ und die Verteidigungsbereitschaft des Landes auswirkte.⁵²

Ein spürbarer Kurswechsel erfolgte erst nach Stalins Tod unter dem neuen Generalsekretär Nikita Chruschtschow, der sich zwar bei der Ausschaltung seiner Rivalen noch stalinistisch-mafioser Methoden bediente⁵³, aber den Terror drosselte, die Zensur lockerte und mit der massenhaften Rehabilitierung unschuldiger Opfer begann. Obwohl sich Chruschtschow, beileibe kein theoretischer Kopf, bei der Abrechnung mit dem sogenannten Personenkult von pragmatischer Inkonsequenz leiten ließ

30 Bis zum Tode Stalins kam es weiterhin zur Erschießung von Militärs, Wirtschaftsfunktionären, »Kosmopoliten« und Leuten, die in nicht existierenden »Affären« verwickelt wurden. Massenweise verfolgt wurden die während des Krieges in Gefangenschaft geratenen Armeeangehörigen.

31 Siehe zum Beispiel die Zahlen über den Rückgang der Produktion in wichtigen Wirtschaftszweigen 1938/1939 in: A. M. Nekrič: 1941. 22. Ijunja. Moskva 1965. S. 70. – Kennzeichnend ist auch, daß die tägliche Veröffentlichung des Produktionsausstoßes in der Schwerindustrie, des Güterumschlags auf den Eisenbahnen usw. in den zentralen Zeitungen 1939 eingestellt wurde. – Nach damals kursierenden und bislang nicht überprüfbaren Gerüchten wurden die Erschießungen in Moskau auch deshalb eingestellt, weil Chruschtschow (bis 1938 Erster Parteisekretär der Hauptstadt) Stalin gegenüber behauptet habe, die Anhäufung der Leichen der Erschossenen könne Epidemien auslösen, ihr Abtransport aber kaum lösbare Probleme heraufbeschwöre (siehe Wolfgang Ruge: Stalinismus. Berlin 1991. S. 110).

32 Einer »Erfolgsmeldung des Verteidigungskommissars Vorošilov zufolge, wurden namentlich nach dem Tuchačevskij-Prozeß 40 000 aktive Offiziere repressiert.

und sich höchst inkompetent in Wirtschaft und Kultur einmischte, begriff er offenbar, daß es zur Überwindung des krisenhaften Zustandes der Sowjetgesellschaft und zur Bekräftigung ihrer Einmaligkeit notwendig war, die sozialistischen Ideen neu zu beleben. Er trat mit einer Reihe anspruchsvoller, keineswegs leichthin von der Hand zu weisender theoretischer Thesen hervor: Priorität der menschlichen Bedürfnisbefriedigung, Vorrang der Menschheitsexistenz vor dem Klassenkampf, friedliche Koexistenz u. a. Daß ein solcher Vorstoß parallel mit einem (allerdings in den Anfängen stecken gebliebenen) partiellen Abbau der übersteigerten staatlichen Macht erfolgte, ist bei der Erörterung des Themas »Ideen und Macht« immerhin bedenkenswert.

Indes war Chruschtschow nicht die Persönlichkeit, die dem an den »starken Mann« gewöhnten Sowjetvolk (von den Apparatschiks ganz zu schweigen) imponieren konnte. Offenbar beherrschte er auch nicht die für einen Machthaber unverzichtbare Kunst, die Massen zur Identifizierung mit seinem Regime zu bewegen. So regte sich denn auch kein Widerstand, als er nicht etwa wegen seiner theoretischen Auffassungen (die sich seine Nachfolger z. T. verbal zueigen machten), sondern durch einen simplen Handstreich der Kamarilla um Breshnew abgesetzt wurde.

Breshnew, der sich mit Literaturpreisen auszeichnen und mit mehr Orden behängen ließ als auf seiner Brust Platz hatten, war gewissermaßen ein Musterprodukt der jahrzehntelang praktizierten sowjetischen Kaderauswahl, bei der statt geistiger Potenzen Ergebnisbezeugungen und Saunafreundschaften den Ausschlag gaben. Von seinem Niveau zeugen u. a. seine Tagebucheintragen, die noch primitiver sind als die Einfältigkeiten, die seinerzeit Nikolaus II. zu Papier gebracht hatte. Zwischen ihnen und den Aufzeichnungen früherer Sowjetführer, etwa Lenins, liegen Welten. So notierte der neue Kremlchef beispielsweise 1977: »14. April – Donnerstag. War zu Hause und habe Toljas Kopf gewaschen. Gewicht 86,7 kg. Gespräche mit Podgorny über die Aushändigung des Komsomolbillets an mich. Aushändigung des Komsomolbillets Nr. 1. Tjaschelnikows Rede. Mein Auftritt«³⁴.

33 Siehe dazu zum Beispiel Chruščovs eigenen Bericht über die Entmachtung Berijas (abgedruckt in: Ju. V. Aksjutin: *Nikita Sergeevič Chruščov. Moskva 1989*, S. 11–13).

34 Zitiert nach Dimitri Wolkogonow: *Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf 1994*, S. 525.

Diese Ich-bezogene Erbärmlichkeit, die kaum noch hohle Phrasen hervorzubringen vermochte, spiegelte den Zustand des Landes wider, das nach einer ganzen Epoche der Verfolgung des selbständigen Denkens an chronischer Ideenarmut erkrankt war. Der Mangel an Initiative, an Schöpfermut und Risikobereitschaft führte dazu, daß die UdSSR den mit riesigem Aufwand auf einigen Gebieten gewonnenen Anschluß an die technische Entwicklung der führenden kapitalistischen Staaten wieder einbüßte und sich in ein über Atomwaffen verfügendes und mit Supermacht-Allüren auftretendes Dritte-Welt-Land zu verwandeln begann. Die internationale Ausstrahlungskraft des tonangebenden kommunistischen Landes erreichte einen Tiefstand. Ironie der Geschichte: Zu diesem Tiefstand hatte der von Lenin mit Blick auf die Revolutionierung der Welt begründete Staat maßgeblich beigetragen.

Als Michail Gorbatschow 1985 versuchte, die Stagnation durch Demokratisierung der Machtstrukturen und durch neues Denken zu überwinden, konnte er zwar noch einen Teil der sowjetischen Intelligenz begeistern, doch argwöhnte die vom System enttäuschte Bevölkerungsmehrheit, daß die Erneuerungsideen abermals nur dazu dienen würden, leere Versprechungen zu beschönigen. Die Massen akzeptierten Gorbatschow noch weniger als Chruschtschow. Er mußte einer neuen Spezies von Politikern weichen, Leuten, die sich zur Machtabsicherung weder auf Ideen verlassen konnten noch wollten und sich deshalb demonstrativ von der nur noch als Schatten ihrer selbst existierenden sozialistischen Theorie lossagten.

Acht Jahrzehnte nach dem Oktober '17 drängt sich die bange Frage auf, ob der Niedergang der sozialistischen Ideen zwangsläufig war, beziehungsweise: wann, wo und mit welchen Mitteln es möglich gewesen wäre, ihrem Verschleiß Einhalt zu gebieten.

KLAUS KINNER

*FANAL UND TRAUMA: DIE KPD UND
DIE RUSSISCHE REVOLUTION,
ZEHN JAHRE DANACH*

Die »Revolution versteht ihre Werke mit ungeheurer Geschwindigkeit zu vollziehen. Ich übernehme es nicht, zu prophezeien, wie viel Zeit dieser Prozeß braucht. Wer rechnet von uns, wen kümmert das, wenn unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen.«¹ (Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD)

Es war unstrittig für die Teilnehmer des Gründungsparteitages, die sich am 30. Dezember 1918 im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses versammelten, daß ihr »Leben dazu ausreicht«, das bestehende System zu stürzen und den »deutschen Oktober« herbeizuführen. Der eigentliche Geburtsakt der Partei war aber nicht die Russische Revolution, sondern – wie Ernst Meyer, die Delegierten begrüßend, formulierte – der erste Kriegstag.²

Historisch in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit wurzelnd, war der deutsche Kommunismus äußerster Exponent einer allgemeinen revolutionären Strömung in der europäischen Arbeiterbewegung, die durch den Ersten Weltkrieg ungeheuer verstärkt wurde.³ Was – wie am Ende dieses »Kurzen 20. Jahrhunderts« zu überschauen ist – der Beginn eines Zeitalters der Katastrophen, der Beginn einer Weltkrise des liberalen Kapitalismus war, erschien den Zeitgenossen als Endzeit. Der in furchtbaren Kataklysmen sich durchsetzende neue kapitalistische Reproduktionstyp, der Zusammenbruch der Staatenwelt des 19. Jahrhunderts, mußte von den Protagonisten der historischen Alternative zum Kapitalismus als ungeheure Herausforderung begriffen werden. Daß vielleicht erst diese Herausforderung die regenerativen Kräfte des liberalen Kapitalismus hinreichend mobilisierte, um alle Erschütterungen zu

¹ Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Hrsg. von der KPD. Berlin 1919. S. 42.

² Siehe ebenda. S. 3.

³ Siehe Alexander Kan: Nikolaj Bucharin och den skandinaviska arbetarrörelsen. Uppsala 1991. S. 162. Zitiert nach: Mario Kessler: Heroische Illusion und Stalin-Terror. Die Komintern in historischer Perspektive. In: Utopie kreativ. Berlin. Heft 76. Februar 1997. S. 39.

überstehen, bleibt eine über dieses Jahrhundert hinausweisende offene Frage.⁴

Die radikale Infragestellung des bestehenden Systems war eine Reaktion auf diese weltgeschichtlichen Verwerfungen. Daß der Versuch der Beseitigung eines als unerträglich empfundenen Regimes der Unterdrückung und des Völkermordens ausgerechnet im zaristischen Rußland Erfolg hatte, war vielen Ursachen geschuldet. Die Russische Revolution war nicht Ursache, aber Verstärker der revolutionären Energien, die seitdem den Lauf dieses Jahrhunderts wesentlich mitbestimmten.

Gleichzeitig verband sich das Schicksal des sich zur kommunistischen Bewegung konstituierenden äußersten linken Flügels der sozialistischen Arbeiterbewegung zunehmend mit dem Schicksal der Russischen Revolution. Da Deutschland und die anderen Zentren des Weltkapitalismus die Erschütterungen des Weltkrieges und der Nachkriegskrise überstanden, verblieb das sich als sozialistisch deklarierende isolierte Sowjetregime letztlich in den Strukturen kapitalistischer Reproduktionsmechanismen. Das sozialistisch intendierte politische System in Sowjetrußland vermochte der staatskapitalistischen und zu beträchtlichen Teilen sogar vormodernen Realität dennoch bemerkenswerte Resultate abzutrotzen, die weltweit die Hoffnungen auf den Sozialismus als historischer Alternative wachhielten.

Den sozialistischen Zielvorstellungen näherte sich Sowjetrußland jedoch je länger desto weniger. Das trotz erheblicher Geburtsfehler als Projekt genuiner proletarischer Emanzipation in die Welt getretene Sowjetsystem wurde im Zuge der Machtusurpation einer neuen politischen Klasse um Stalin – der Sowjetbürokratie – immer stärker deformiert und nahm z. T. Züge einer vormodernen asiatischen Despotie an. In dem Maße, in dem die Weltrevolution als unmittelbar anzustrebendes Ziel verloren ging und Stalin sie mit dem Kurs der Errichtung des Sozialismus in einem Lande auch theoretisch abschrieb, wurden der bolschewistische Parteityp, die Russische Revolution und das Sowjetsystem in der Deutung des Stalinschen Marxismus-Leninismus zum allgemeinverbindlichen Modell erklärt.⁵

4 Diese wie andere Überlegungen des Verf. im vorliegenden Aufsatz sind dem grandiosen Essay Eric Hobsbawms (Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995) verpflichtet.

5 Zur Geschichte der Komintern siehe die jüngst erschienene zusammenfassende Skizze von Mario Kessler: Heroische Illusion und Stalin-Terror. S. 39–57,

Waren Tendenzen zu einer Überhöhung der sowjetrussischen Erfahrungen schon Anfang der zwanziger Jahre spürbar, so wurden sie nach 1924/1925 allgegenwärtig und seit 1927/1928 übermächtig. Ihre letztendliche Kanonisierung fanden sie in Stalins »Kurzem Lehrgang« aus dem Jahre 1938. Auch das Bild, das sich die deutschen Kommunisten von der russischen Revolution des Jahres 1917 machten, befand sich in diesem Spannungsbogen. Er reichte von Rosa Luxemburgs ahnungsvoller Gefängnisschrift aus dem Frühjahr 1918, in der sie in kritischer Solidarität Größe und Gefahren hellseherisch erkannte, bis zu quasireligiösen Ritualen wie der kommunistischen Grußformel »Heil Moskau« am Ende der Weimarer Republik.

Gleichsam im Schnittpunkt sich überkreuzender Tendenzen stand das Jahr 1927. Die Vollendung ihres ersten Dezenniums erschien den Kommunisten als endgültige Bestätigung des Be- und Widerstehens der Revolution und damit gleichzeitig als Rechtfertigung kommunistischen Selbstverständnisses und Tuns. Das Hauptziel jedoch, dessen Verwirklichung der Gründungsimpetus der Komintern gewesen war – die Weltrevolution –, lag ferner denn je. In Deutschland stabilisierte sich die Wirtschaft weiter und erreichte das Niveau der Vorkriegsproduktion. Der Zusammenbruch des Kapitalismus erwies sich für alle, die sehen wollten, als Illusion. Die Linksentwicklung in Großbritannien, von der Stalin 1925/1926 einen sowjetfreundlichen Umschwung erhofft hatte, war durch die Niederlage des englischen Generalstreiks gescheitert. Der davon beeinflusste Kurs der Komintern, der zur Zurückdrängung des linksradikalen Flügels geführt hatte, verlor seine Funktion als Stütze der sowjetischen Außenpolitik.

Gleichzeitig wurde die sowjetische Politik zunehmend dominiert durch die chinesische Revolution von 1925 bis 1927. Das Desaster der Stalin-Bucharinschen Linie in China nach der anti-kommunistischen Wende Tschiang Kai-Scheks im April 1927 führte zu einer Zuspitzung der innerparteilichen Auseinandersetzung in der KPdSU(B). Der oppositionelle Block um Trotzki, Kamenew und Sinowjew fühlte sich in dieser Situation bestätigt und griff die Politik Stalins und der Komintern scharf an. Diese Situation prägte in nicht unbedeutendem Maße das Jahr 1927 und auch die Geschichtspolitik von KPdSU(B) und Komintern.

sowie Theodor Bergmann/Mario Kessler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943). Mainz 1992.

Die Deutungsmacht über die Revolution von 1917 war für die widerstreitenden Parteien im Wortsinne von existentieller Bedeutung.

Hatte Trotzki schon im Herbst 1924 in seinen »Lehren des Oktober« gegen die beginnende instrumentalisierende Umdeutung der Geschichte der Russischen Revolution angeschrieben, so wurde im zehnten Jahr der Revolution ihre Deutung zu einem entscheidenden Faktor in den Auseinandersetzungen um die Macht und um den weiteren Weg der Sowjetunion. Stalin nutzte die nach seinem jeweiligen politischen Kalkül ausgerichteten »Lehren des Oktober«, um in unterschiedlichen Koalitionen seine Rivalen um die Macht nacheinander auszuschalten.⁶

Begann dieser Prozeß nach dem Tode Lenins in der Figuration der »Troika« (Stalin–Sinowjew–Kamenew) gegen Trotzki, so wandelte 1926 das Szenario: Der »trozkistisch sinowjenestische Block« wurde zum Hauptgegner der »leninistischen Generallinie« Stalins, der Bucharin und dessen Anhänger in einem Zweckbündnis an sich zu binden wußte. Schon 1927 begann dieses Bündnis zu bröckeln. Das sich abzeichnende Abgehen Stalins von der NÖP-Politik und sich verändernde außenpolitische Konstellationen mußten Stalin und Bucharin in Gegensatz bringen. Die erneute ultralinke Wende der Komintern 1928/1929 führte zur Ausschaltung Bucharins.

Was als politische Auseinandersetzung begann, führte über den skrupellosen Einsatz des bürokratischen Apparates und mit den Mitteln der Politintrige zur physischen Vernichtung aller tatsächlichen, potentiellen oder nur befürchteten Gegner. Das Ergebnis – die Ermordung der übergroßen Mehrheit der Köpfe der Russischen Revolution – ist auch unter dem Blickwinkel des Kampfes um die geschichtliche Deutungsmacht relevant: Die Diadochenkämpfe um die Nachfolge Lenins und um den weiteren Weg Sowjetrußlands wurden geführt im Streit um die Revolution. Zu Recht oder zu Unrecht leiteten die Kombattanten ihre Legitimation aus der Geschichte der Bolschewiki und zuvörderst aus der Geschichte der Revolution ab, die von der oder den russischen Revolution(en) des Jahres 1917, zur Oktoberrevolution und schließlich zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mutierte.

6 Siehe Wolfgang Gehrcke (Hrsg.): *Stalinismus-Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte*. Bonn 1994.

Die VII. Erweiterte Tagung des Exekutivkomitees der Komintern vom November und Dezember 1926 wurde gleichsam der Auftakt für eine »ideologische Kampagne« anlässlich des zehnten Jahrestages der Revolution. Bereits Stalins Referat geriet über weite Strecken zu einem Exkurs über Probleme der Parteigeschichte. Immer nachdrücklicher etablierte er seine Positionen als allein-gültigen leninistischen Kurs. Es gelang auch zunehmend, den Apparat nicht nur der KPdSU(B), sondern auch der Komintern, in den Dienst der Durchsetzung der Stalinschen Linie zu stellen. Die Abteilung Agitprop des EKKI hob in einem Grundsatzartikel zu den Ergebnissen der VII. Erweiterten Exekutivtagung diesen Zusammenhang hervor: Die Auseinandersetzung mit der Opposition kann »nur voll verstanden werden, wenn erkannt wird, daß es sich hierbei nicht um das eine oder andere Problem der proletarischen Revolution, sondern um ihre Gesamtheit, um ihre leninistische Gesamtauffassung handelt. Es liegt auf der Hand, daß die Opposition des Genossen Trotzki und der Genossen Sinowjew-Kamenew in jeder Einzelfrage der russischen Diskussion, sei es in der Frage des Charakters des proletarischen Staates [...], sei es in der Frage der [...] Industrialisierung, der Politik gegenüber dem Dorfe usw. in Widerspruch mit dem Leninismus treten mußte, weil sie von *vornherein* die *leninistische Gesamtbeurteilung* des Charakters der russischen Revolution und daher auch der Entwicklungswege dieser Revolution gar nicht oder nur bruchstückweise sich zu eigen machte.«⁷

Es war für die Durchsetzung des Stalinschen Kurses nicht unwesentlich, ob die stärkste Sektion der Komintern außerhalb der Sowjetunion, die KPD, diesen Kurs unterstützte. Mit der Etablierung der Parteiführung unter Ernst Thälmann und der Ausschaltung der als Sinowjewisten geltenden »Ultralinken« um Arkadi Maslow und Ruth Fischer waren wichtige Voraussetzungen für eine moskautreue KPD-Politik geschaffen. Dennoch verschloß sich die Partei noch bis in das Jahr 1927 hinein in den Auseinandersetzungen mit den »Ultralinken«. Mit dem Kurs der »Konzentration« gelang es Ende 1926/Anfang 1927, einen Kompromiß zwischen Ernst Thälmann und Teilen der bisherigen Mittelgruppe zu erreichen. Damit wurde der Einfluß der auf

7 *Agitprop. EKKI: Die Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive im Lichte des Leninismus (Zur Lenin Woche). In: Die Kommunistische Internationale 8(1927)3. S. 153.*

eine realistische, an den Tagesaufgaben orientierten Politik gekräftigt.

Ihre Verkörperung fand diese Politik in solchen erfahrenen Funktionären wie Ernst Meyer und Georg Schumann. Ihre Anhänger hatten seit dem Herbst 1925 zunehmend auf eine realistische Politik gedrungen und es vermocht, sich in einigen Bereichen auch durchzusetzen. Die Aktivitäten zum zehnten Jahrestag der Russischen Revolution sind deshalb auch in der KPD in vielfältige Zusammenhänge einzuordnen.⁸ Zum einen ging die Initiative zu dieser »Kampagne« vom Stalin-Flügel der KPD unter der Führung Thälmanns aus. Ihre Intentionen waren von dem Bemühen geprägt, den offiziellen Kurs der KPdSU(B) und der Komintern in der KPD durchzusetzen und damit die eigenen Positionen zu stärken. Ernst Thälmann war ein überzeugter Parteigänger Stalins, der – wohl subjektiv ehrlich – dessen Kurs als die authentische Weiterentwicklung der Leninischen Linie ansah. Bereits auf der VII. Tagung der erweiterten Exekutive der Komintern Ende 1926 stellte er fest, daß es in der Auseinandersetzung mit Trotzki »nicht um einzelne Fragen des Leninismus, sondern um den gesamten Fragenkomplex des Leninismus, um die Grundprobleme der proletarischen Diktatur«⁹ gehe. In diesem Sinne begründete er auf dem 11. Parteitag im März 1927 die Kampagne »10 Jahre Sowjetunion«.¹⁰

8 Die DDR-Geschichtsschreibung widmete diesem Thema bereits seit den fünfziger Jahren Aufmerksamkeit. Auf folgende Auswahl sei verwiesen: Otto Kindzorra: *Zu den Feierlichkeiten des Zehnten Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1927 in Deutschland*. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldtuniversität zu Berlin (1957/1958)* 1. S. 55–60; *Zehn Jahre danach. Zu den Feierlichkeiten des zehnten Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1927 in Deutschland*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*. Berlin (1958) Sonderheft. S. 259–277. – Sigrid Oppermann: *Die marxistisch-leninistische Staatslehre in der Propagandarbeit der KPD (November 1925 bis Mai 1929)*. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin (1974) 4. S. 577–579 und 583–586. – Helmut Neef/Siegfried Vietzke: *Die Kommunistische Partei Deutschlands und die Aktion »10 Jahre Sowjetmacht«*. Ein Beitrag zum 60. Jahrestag des Roten Oktober und anlässlich des Nationalfeiertages der Deutschen Demokratischen Republik 1977. Berlin 1977 (Vorlesungen und Schriften der Parteihochschule »Karl Marx« beim ZK der SED). Aus gleichem Anlaß äußerte sich auch der Verf. in mehreren Aufsätzen zum Thema. Sie gingen in die »Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933« (Berlin 1982) ein.

9 *Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale*. Moskau, 22. November–16. Dezember 1926. Hamburg, Berlin 1927. S. 743.

10 *Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen*

Formal in Übereinstimmung mit Thälmann, waren die Intentionen der Vertreter der sogenannten Mittelgruppe und der »Rechten« dennoch andere. Als Vertreter eines realistischen Politikansatzes standen sie für eine an den Tagesaufgaben orientierte Einheitsfrontpolitik, die ohne Aufgabe der kommunistischen Identität auch in nichtrevolutionärer Zeit politikfähig blieb. Bucharin nahestehend, konzentrierte sie sich in der Kampagne »10 Jahre Sowjetunion« auf die Propagierung der NÖP. In einem Umfang, der in der Geschichte der KPD bis dahin kein Beispiel fand, wurden detailliert Grundprobleme des wirtschaftlichen Aufbaus in der Sowjetunion erörtert. Der Aufbau eines Systems von Schulungsformen, das von Elementarkursen bis zur Reichsparteischule führte, strebte ein neues Niveau der theoretischen Arbeit an.¹¹

Mit Hermann Duncker, Ernst Meyer und Karl Becker gewannen entschiedene Anhänger eines flexibleren auf die Einheitsfrontpolitik ausgerichteten Kurses zunehmend Einfluß auf die theoretische Arbeit der Partei. Die sich in dieser Zeit herausbildende Vielfalt und Breite in der massenpolitischen, propagandistischen und theoretischen Arbeit der Partei, die der Bolschewisierung verbunden war und die in der Tat in neuen Dimensionen versuchte, die Geschichte der Bolschewiki, der Russischen Revolution(en) und der Sowjetunion zu rezipieren, läßt sich nicht auf den Begriff der Stalinisierung verkürzen.

Eine dritte Richtung, deren Zusammensetzung sehr heterogen war und rasch wechselte, kritisierte die Entwicklung in der Sowjetunion vom Standpunkt einer linken Opposition.¹² In ihr fanden sich 1926/1927 verschiedene sich zuvor heftig befehdende Tendenzen nach dem Muster der Vereinigten Opposition Trotzki's, Sinowjew's und Kamenew's zusammen. In der »Erklärung der 700« solidarisierten sich 700 Funktionäre am 1. September 1926 mit der russischen Opposition und forderten die KPD zur Rückkehr zum Leninismus auf. War ihre Kritik am Stalinismus z. T. durchaus treffend, so blieb ihr strategischer Ansatz der gescheiterten »ultralinken« Politik der Fischer-Maslow-

Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen vom 2. bis 7. März 1927. Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD. Berlin 1927. S. 281f.

¹¹ *Detailliertes dazu in der bereits genannten Arbeit des Verf. »Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933« (Berlin 1982)*

¹² *Siehe dazu Annegret Schüle: Trotzkismus in Deutschland bis 1933. – Pierre Broué: Die deutsche Linke und die russische Opposition 1926–1928. Köln und Grenoble 1989 [Selbstverlag].*

Zentrale von 1924/1925 verhaftet. Auf ihrer ersten Reichskonferenz im Oktober 1927 verurteilte die »Linke Opposition« unter der Führung Hugo Urbahns die Theorie von der »Möglichkeit des Aufbaus des vollen Sozialismus in Rußland allein« als Theorie der »nationalen Beschränktheit« und als »Praxis des Verzichts auf die proletarische Revolution in den fortgeschrittensten Industrieländern«¹³. Dieses Konglomerat der unterschiedlichsten »ultralinken« Gruppen konstituierte sich im April 1928 zum »Leninbund«. Dieser blieb aber nach dem Austritt Ruth Fischers und Arkadi Maslows eine kleine Splittergruppe von dezidiert trotzkistischer Coleur. Für die traditionelle »ultralinke« Richtung war nach der erneuten Linkswendung der Komintern 1928 kein Bedarf mehr für eine Gruppierung links von der KPD.

Alle drei hier skizzierten Richtungen beriefen sich entschieden auf Lenin und die Oktoberrevolution und begriffen sich als Leninisten. Noch war die Entscheidung zugunsten der stalinistischen Instrumentalisierung des »Marxismus-Leninismus« nicht gefallen. Mit der Zerschlagung der »Vereinigten Opposition« in der Sowjetunion, der Ausschaltung Troztkis und dem Heranreifen einer neuen »ultralinken« Wende der Komintern entstanden 1927 die Voraussetzungen und Bedingungen der totalen und endgültigen Durchsetzung Stalins in der KPdSU(B) und der Komintern.

*

Um die Haltung der deutschen Kommunisten zur Russischen Revolution zu erfassen, ist allerdings noch eine andere Ebene zu beachten, ohne die weder die Einwirkungen von außen noch die inneren Auseinandersetzungen in der KPD zu begreifen sind. Gegründet in einer Zeit, in der die revolutionäre Krise bereits ihren Zenit überschritten hatte, begriffen sich die deutschen Kommunisten subjektiv dennoch als Avantgarde der Weltrevolution, die nach ihrer Überzeugung im Zuge des unaufhaltbaren Zusammenbruchs des Imperialismus mit Naturnotwendigkeit heranreifen mußte. Von diesem Gründungsaxiom ging die KPD zeit ihres Bestehens nicht ab. Diese geschichtsmächtige Utopie prägte ihre gesamte Politik, aber auch die Mentalitäten der von ihr beeinflussten Massen.

Gab die Wirklichkeit der Weimarer Republik diesem Traum

13 Hermann Weber: Kommunismus in Deutschland 1918–1985. Darmstadt 1983. S. 287.

von der Weltrevolution immer weniger Nahrung, so bot die Realität der Russischen Revolution Ersatz. Ihre Geschichte – in den frühen Jahren mit Selbstverständlichkeit als vorweggenommene deutsche Entwicklung begriffen – gemahnte die deutschen Kommunisten mit zunehmendem zeitlichen Abstand und dem Ausbleiben bzw. Scheitern des »deutschen Oktobers« einerseits an das eigene Versagen. Andererseits wirkte die Russische Revolution in ihrem Selbstverständnis als unzerstörbare Brücke zwischen der Wirklichkeit und der weltrevolutionären Utopie.

Die Realität der Russischen Revolution ermöglichte es den deutschen Kommunisten, Revolutionäre auch in nichtrevolutionärer Zeit zu bleiben und sich mit ihrer Utopie in der Wirklichkeit der Weimarer Demokratie einzurichten. Das Auseinanderklaffen von Reform und Revolution, von Utopie und Realität prägten Politiken wie Lebenswirklichkeit der deutschen Kommunisten. Die Kampagne »10 Jahre Sowjetunion« widerspiegelte diese in sich widersprüchliche Verfaßtheit der KPD auf spezifische Weise.

Bereits der 11. Parteitag war Ausdruck dieser Ambivalenz. Thälmanns Inaugurierung der Kampagne war schon formal von jenem Wortradikalismus geprägt, der immer charakteristischer für die KPD werden sollte. Zugespitzt könnte man formulieren: Je weiter sich die revolutionäre Aktion entfernte, um so krasser wurde die revolutionäre Attitüde der Selbstdarstellung. »Aber wir wollen diese Tatsache (der Russischen Revolution) dem gesamten internationalen revolutionären Proletariat nicht nur in Erinnerung rufen, sondern der 11. Reichsparteitag wird in Erinnerung an den Oktober 1917, an dem die russischen Arbeiter und Bauern die proletarische Diktatur aufrichteten, das ZK unserer Partei beauftragen, eine große Massenagitation und Massenbewegung [...] einzuleiten, um diesen großen welthistorischen Kampffestag [...] zur Feier nicht nur des deutschen, sondern auch des Weltproletariats zu machen. Ich beantrage, daß der 11. Reichsparteitag das ZK der KPD beauftragt, eine Resolution vorzulegen, die zum Ausdruck bringt, daß dieser Parteitag der Ausgangspunkt sein muß, um mit allen sympathisierenden Organisationen und dem gesamten Proletariat diesen Tag als einen Tag des Aufmarsches der revolutionären Front gegen die Weltbourgeoisie vorzubereiten und zu organisieren.«¹⁴ Was sich in

14 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen vom 2. bis 7. März 1927. Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD. Berlin 1927. S. 281f.

der Praxis als vielfältige massenpolitische und theoretisch-propagandistische Arbeit darstellte, geriet in den Thälmannschen Worthülsen zum »Tag des Aufmarsches der revolutionären Front gegen die Weltbourgeoisie«.

Im Gegensatz zu diesem Duktus forderten die »Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD« relativ differenziert: »Die Partei muß ihre tagtägliche Arbeit durch theoretisches Denken befruchten, wenn sie nicht in leeres Agitatoren-tum verfallen will. Nur die angestrenzte theoretische Arbeit gibt der Partei die Möglichkeit, die gewaltigen Erfahrungen der deutschen Revolutionsjahre für den proletarischen Klassenkampf nutzbar zu machen, die widerspruchsvollen Tendenzen der kapitalistischen Stabilisierung im Lichte der Leninschen Theorie des Imperialismus zu begreifen [...], die Strategie und Taktik der Partei auf Grund der tatsächlichen Kampferfahrungen zu überprüfen und aus ihrer Selbstkritik die richtigen praktischen Schlüsse zu ziehen.«¹⁵ Wortradikalität und Attentismus, Militarisierung der Sprache stehen hier gegen ein Programm, das bemüht ist, die theoretische und propagandistische Arbeit an den Erfordernissen und Realitäten der Weimarer Republik auszurichten. Wie aus einem Bericht Willi Münzenbergs hervorgeht, wurden im November und Dezember 1926 – parallel zum VII. Erweiterten EKKI-Plenum – die Aktivitäten zwischen KPD und Komintern koordiniert.¹⁶ Es entstand die Vorstellung, verstärkt der KPD nahestehende Massenorganisationen einzubeziehen, um dadurch eine größere Breitenwirkung zu erzielen. Die Arbeitspläne der Abteilung Agitprop des ZK der KPD belegen seit Anfang 1927, daß diese Thematik seitdem die Aktivitäten dieser Abteilung wesentlich bestimmte. Hermann Duncker forderte in diesem Zusammenhang, daß »besonderer Wert gelegt werden (soll) auf die Behandlung der historischen Tatsachen des Jahres 1917«¹⁷.

Seit etwa Mitte März 1927, also mit dem 10. Jahrestag der Februarrevolution, setzte eine breite Pressekampagne ein, die in starkem Maße von der Komintern gesteuert wurde. Umfassendes historisches Material wurde in der »Internationalen Presse-

15 *Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD. In: Thesen und Resolutionen des XI. Parteitages der KPD, Essen, 2. bis 7. März 1927. Hrsg. vom ZK der KPD, Berlin, den 15. März 1927. S. 34.*

16 *Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig SAPMO. BArch. ZPA I 2/3/7.*

17 *Siehe SAPMO. BArch. ZPA I 2/707/2.*

Korrespondenz« (Inprekorr) veröffentlicht. Darüber hinaus stellte die Agitpropabteilung des EKKI den Parteizeitungen der Sektionen aufbereitete Texte, Illustrationen, Statistiken und Diagramme zur Verfügung. Die Inprekorr widmete dem Jahrestag der Februarrevolution eine Sondernummer. In der Folge erschien in jeder Ausgabe die Rubrik »Vor zehn Jahren«, in der dokumentarisches Material bereitgestellt wurde. Ergänzt wurde diese Rubrik durch eine »Chronik der Ereignisse«. Die »Rote Fahne« übernahm diese Materialien direkt oder in bearbeiteter Form. In den Zeitungen und Zeitschriften von KPD und Komintern erschienen 1927 zahlreiche Artikel sowjetischer Historiker. Die Verlage edierten so wichtige Arbeiten wie Pokrowskis »Geschichte Rußlands«.

Die bedeutendste Publikation, die anlässlich des Jahrestages in deutscher Sprache erschien, war die »Illustrierte Geschichte der Russischen Revolution 1917«, die vom Neuen Deutschen Verlag – wie damals üblich – zu einem auch für Arbeiter erschwinglichen Preis in Einzellieferungen in Bogenstärke herausgegeben wurde. Die wirkungsvoll u. a. von John Heartfield gestaltete »Illustrierte Geschichte« war weniger eine in sich geschlossene monographische Arbeit als eine Montage aus Dokumenten, Aufsätzen, Erinnerungen und Illustrationen. Auf fast 600 großformatigen Seiten entstand erstmals für den deutschen Leser ein breites Panorama der Russischen Revolution. Eine seriöse wissenschaftliche Wertung dieses Werkes steht meines Wissens noch aus. Sie kann auch hier nicht erfolgen. Nur soviel sei angemerkt: In der Sicht auf die Revolution standen die Herausgeber in ihrem Selbstverständnis auf »leninistischen« und »antitrotzkistischen« Positionen. Gleichwohl würde es dem Werk wohl nicht gerecht, es als stalinistisch zu bezeichnen. Stalin, wiewohl im Impressum als »Beiträger« genannt, tauchte im Text mit keinem eigenständigen Beitrag und übrigens mit nur einem Einzelfoto auf. Neben einer Vielzahl von Dokumenten und Texten aus der Feder Lenins enthielt der Band auch einen Originalbeitrag von Bucharin. Weit entfernt von späteren Geschichtsfälschungen, trug auch die »Illustrierte Geschichte« sicher zur Legendenbildung über die Russische Revolution bei. Kritische Reflexionen – etwa im Geiste Rosa Luxemburgs – fanden hier keinen Platz.

Überschaut man die gesamte von KPdSU(B) und Komintern beeinflusste Geschichtspublizistik aus Anlaß des Jubiläums in Deutschland, so ist ihre Funktion als historische Legitimation der herrschenden sowjetischen Politik signifikant. Die Ausein-

andersetzung mit Trotzki durchzieht sie wie ein roter Faden. Die Lenin-Hagiographie erreichte einen neuen Höhepunkt. Der Leninismus wurde endgültig zum Signum allgemeingültiger marxistischer Theorie und Politik. Gleichzeitig war aber die Auseinandersetzung um die Deutungsmacht dessen, was unter Leninismus zu fassen war, welche »allgemeingültigen« Lehren aus der Russischen Revolution abzuleiten waren, nicht abgeschlossen. Aus all dem ergab sich eine relative Vielfalt der Publizistik, die deutsche Kommunisten erreichte. N. I. Bucharin als Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern stand für die Möglichkeit eines – wenngleich zunehmend eingeschränkten – freien Diskurses auch über die Russische Revolution.

Konzentrierte sich die KPD bis zum Sommer 1927 vor allem auf Presseaktivitäten, so verlagerten sich die Initiativen seitdem deutlich. Schwerpunkte wurden in der Entsendung der dritten deutschen Arbeiterdelegation in die Sowjetunion, in der Vorbereitung des Internationalen Kongresses der Freunde der Sowjetunion in Moskau und der schrittweisen Steigerung von Massendemonstrationen gesehen. Erstmals in der Geschichte der KPD gelang es, eine Kampagne dieser Art vergleichsweise langfristig zu führen.¹⁸ Das Politische Büro des ZK der KPD hatte am 30. März 1927 einen Plan, den der Leiter der Agitpropabteilung Josef Winternitz vorgelegt hatte, diskutiert. Ernst Thälmann forderte in der Debatte, daß die Führung der Kampagne in den Händen des Polbüros liegen und unter seiner unmittelbaren Leitung stehen müsse. Die bisherige Kommission, maßgeblich von der Agitpropabteilung getragen, wurde umgebildet. Als weitere Mitglieder ernannte das Polbüro Franz Dahlem, Josef Lenz (J. Winternitz), Ernst Meyer, Willi Münzenberg und Walter Ulbricht. Zwei Tage später unterbreitete das Polbüro dem Zentralkomitee auf der Grundlage der vorliegenden Materialien Richtlinien zur Kampagne »10 Jahre Sowjetunion«. Thälmann bestätigte in seinem Referat die Schwerpunkte der ideologischen Arbeit anläßlich des Jahrestages. In dem nunmehr vom Zentralkomitee beschlossenen »Plan der Kampagne 10 Jahre Sowjetunion« wurden die Verantwortlichkeiten und Aktivitäten festgelegt. In den gestanzten Wendungen der immer stärker von der Realität abgehobenen formelhaften »Komintern-Sprache« hieß es: »Das Ziel der Kampagne ist, in den breitesten Massen der Werktätigen folgende Gedanken lebendig zu machen: Die So-

18 SAPMO. BArch. ZPA I 2/707/10.

wjetunion ist als der erste proletarische Staat das Zentrum der internationalen Revolution. Die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Weltimperialismus ist die Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, jedes werktätigen Bauern, jedes Menschen, der an der Sicherung des Friedens und dem Fortschritt der Menschheit interessiert ist. Die Niederringung des Imperialismus, der Sieg des Proletariats in jedem Lande ist nur möglich, wenn das Proletariat den Grundsätzen des Leninismus folgt, die die russische Revolution zum Siege geführt haben. Nur im engsten Bündnis mit der Sowjetunion kann der Befreiungskampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder siegen.«¹⁹

Im Unterschied zu der in der Realität der theoretisch-propagandistischen Arbeit der KPD dieser Zeit noch vorherrschenden Vielfalt orientierte der Plan im Klartext auf die strikte Ausrichtung des Wirkens der Komintern-Sektionen auf die Interessen der Sowjetmacht, deren Verteidigung nicht zufällig als erste Pflicht herausgestellt wurde. Die Revolution im eigenen Lande wurde immer mehr zur abstrakten Endzeithoffnung, deren Einlösung nur durch die Einhaltung der Exerzitien des Leninismus im »engsten Bündnis mit der Sowjetunion« als möglich suggeriert wurde.

Der Agitprop-Apparat arbeitete intensiv an der Umsetzung des Kampagneplanes. Begleitend zu Publizistik und Verlagsaktivitäten wurden die Bezirksorganisationen mit ausführlichen Rededispositionen zu den Themen »Geschichte der KPdSU(B)« und »Zehn Jahre UdSSR« versehen. Wettbewerbe für die Gestaltung wirksamer Plakate, eines Abzeichens und einer Gedenkmarke versuchten, die Ziele der Kampagne auch sinnlich wahrnehmbar mit politischer Ikonographie und Symbolik zu verfolgen.²⁰ Durch die Visualisierung abstrakter Begriffe und Zusammenhänge, »die Transformation verbal-kognitiver Deutungen und Orientierungen in bildlich-rethorische Figuren ließen sich komplexe Strukturen und theoretische Aussagen auf einfache Situationen reduzieren«²¹. Durch die Verbindung von drei Traditionslinien unterschied sich die KPD von anderen politischen Parteien in dieser symbol- und bilderträchtigen Zeit. Es war dies ein Rückgriff auf die Symbolik und Ikonographie der Vorkriegssozialdemokratie, die Adaption sowjetischer Plakatkunst und die

¹⁹ *Ebenda.*

²⁰ *Siehe SAPMO. BArch. ZPA I 2/3/7.*

²¹ *Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996. S. 235.*

Einflüsse moderner Kunstentwicklung, wie sie in den Fotomontagen John Heartfields in der Gestaltung der »Arbeiter-Illustrierten Zeitung« (AIZ) und dem aggressiven, expressiven Zeichenstil von George Grosz zum Ausdruck kamen. Der Einsatz der von Willi Münzenberg geleiteten oder stark beeinflussten Zeitschriften, Verlage, Kultur- und Massenorganisationen für die Kampagne ist hoch zu veranschlagen.

In den Sommermonaten gewann die Reise der dritten deutschen Arbeiterdelegation in die Sowjetunion wachsende Bedeutung. Wie aus den Protokollen des Polbüros hervorgeht, war die Arbeiterdelegation von langer Hand geplant. Am 1. Februar, 30. März und 1. April konkretisierte das Polbüro die Schritte zur Entsendung der Arbeiterdelegation.²² Nachdem am 18. Juli das offizielle Einladungsschreiben des Präsidiums des Zentralgewerkschaftsrates der UdSSR bei der Zeitschrift »Die Einheit« eingetroffen war, begann eine »spontane« Bewegung zur Organisation der Arbeiterdelegation. Gemeinsam mit den Vorständen der ersten beiden »Rußlanddelegationen« wandte sich die Redaktion der Zeitschrift an die deutsche Arbeiterklasse und rief zu einer großen Solidaritätsaktion auf, »die den Zweck haben soll, den russischen Arbeitern zu zeigen, daß die deutsche Arbeiterklasse trotz mancher Meinungsverschiedenheiten keinen Angriff auf die russische Arbeiterklasse dulden«²³ werde. Die sehr offenkundige Instrumentalisierung der Arbeiterdelegation im Interesse von KPD und KPdSU(B) und der sich im Verlauf des Jahres 1927 erneut verschärfende Ton gegen die SPD, erleichterte es dieser, die Delegation als »kommunistischen Parteiladen« zu denunzieren. Dennoch gelang es der KPD besonders in den Veranstaltungen der »Rußlandfahrer«, zumindest partiell breitere Kreise der Arbeiterschaft zu erreichen.

Hatte die KPD in ihrem »Plan der Kampagne: 10 Jahre Sowjetunion« für das erste Halbjahr besonders auf die Intensivierung der theoretisch-propagandistischen Arbeit gesetzt, so verlagerte sie im zweiten Halbjahr das Schwergewicht auf die massenpolitischen Aktivitäten, die im Oktober/November ihren Höhepunkt fanden. Der Kurs der Führung der KPdSU(B), der durch das schon unsichere und schwankende Bündnis des Stalin- und Bucharin-Flügels geprägt war, bestimmte auch die massenpolitischen Höhepunkte der Kampagne der KPD. Wenige Wochen vor

²² Siehe SAPMO, BArch, ZPA I 2/3/7.

²³ An die deutsche Arbeiterklasse! In: Die Einheit (1927) S. 330.

dem 7. November schwor die Komintern ihre Sektionen nochmals in mehreren grundsätzlichen Dokumenten auf ihn ein.

Ein detaillierter Kampagneplan²⁴, Thesen der Agitprop. des EKKI²⁵ und schließlich ein »Manifest des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion zum Zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution« »An alle Arbeiter, werktätigen Bauern und Rotarmisten der UdSSR. An die Proletarier aller Länder und die unterdrückten Völker der Welt«²⁶ gaben die Leitmotive vor. Führende Vertreter anderer Sektionen der Komintern würdigten die Bedeutung des Manifestes des ZEK. All diese Aktivitäten zielten nicht zuletzt darauf ab, die Niederlage Trotzki in der Sowjetunion wie in der Komintern endgültig zu besiegeln. Die separaten Demonstrationen der russischen Opposition anlässlich des Jubiläums zeigten ihre Isolierung. »Das Wachsen des ökonomischen Drucks von Seiten der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten innerhalb des Landes auf Grund der Niederlagen der proletarischen Revolution in Europa und Asien«, so resümierte Trotzki 1928 rückblickend das Scheitern, »das war die historische Kette gewesen, die sich vier Jahre lang nun um den Hals der Opposition zusammenzog.«²⁷

Die Aktivitäten der KPD zum zehnten Jahrestag ordneten sich in diese Zusammenhänge ein. Es war von nicht geringer Bedeutung, wenn die in der Sowjetunion sehr populäre KPD dem Kurs der Führung der KPdSU(B) in einem so entscheidenden Punkt wie der Wertung der Oktoberrevolution und ihrer Perspektive bedingungslos folgte und die eigene ultralinke/trotzkistische Opposition zerschlug. Daraus aber zu schließen, daß die KPD mechanisch den Interessen der sowjetischen Machtausensetzungen und deren außenpolitischen Zielen folgte, greift zu kurz. Die Gemengelage war komplizierter. Ohne eigenständige, innere Antriebe war eine große Partei wie die KPD unter den

24 *Plan einer Kampagne für den 10. Jahrestag der Oktoberrevolution (Entwurf der Kommunistischen Internationale). In: Inprekorr 7(1927)101. S. 2165–2175.*

25 *Zum Zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution. Thesen der Agitprop. des EKKI für Referenten. In: Inprekorr 7(1927)104. S. 2238–2243.*

26 *Manifest des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion zum Zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution. In: Inprekorr 7(1927)106. S. 2281–2284.*

27 *Leo Trotzki: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale. In: Die III. Internationale nach Lenin. Das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie vom Sozialismus in einem Land (1928/1929). Dortmund 1977. S. 202.*

Bedingungen der parlamentarischen Demokratie und in einer wirtschaftlich vergleichsweise günstigen Lage nicht zu einer Kampagne für die Politik einer ausländischen Macht zu motivieren, selbst wenn sich diese als proletarisch begriff.

Dies war möglich mit der disziplinierten, sich als Avantgarde begreifenden Funktionärschicht, nicht aber mit der Masse der Mitglieder und Sympathisanten. Der entscheidende Punkt, der es ermöglichte, Hunderttausende mit dieser Kampagne zu erreichen, war das Selbstverständnis, die Identität der Kommunisten und der mit ihnen sympathisierenden Gruppen und Schichten. Bei der Suche nach der Identität des Revolutionärs in nichtrevolutionärer Zeit bot die Solidarisierung mit dem »Vaterland aller Werktätigen« die Möglichkeit, »die Leere zwischen dem Kampf für die Verteidigung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und dem Sturz des Kapitalismus«²⁸ zu füllen. Die Kampagne vermochte die Avantgarde der »Berufsrevolutionäre« ebenso anzusprechen wie die in ihrer kommunistischen Milieuverwurzelung verharrenden Mitglieder und Sympathisanten, die sich angesichts der nichtrevolutionären Realität Nischen geschaffen hatten, in denen sie überdauerten.²⁹ In den Ortschaften und Städten, in denen die KPD präsent war, fanden in der ersten Novemberwoche Veranstaltungen und Demonstrationen statt. Am 30. Oktober, dem letzten Sonntag vor dem Jubiläum – der 7. November fiel 1927 auf einen Montag –, erreichten die Aktivitäten der KPD einen Höhepunkt. Formen der Haus-, Hof- und Landagitation wurden genutzt. Eine Sondernummer der AIZ, eine Festschrift der KPD unter dem Titel »An alle« und ein aus diesem Anlaß gefertigtes Abzeichen unterstützten die örtlichen Initiativen. Am 1. November wurde die langfristig vorbereitete Ausstellung »Zehn Jahre UdSSR und die deutschen Arbeiter« im Karl-Liebknecht-Haus des ZK der KPD eröffnet. Höhe- und Schlußpunkt erreichte die Kampagne in Demonstrationen am 6. November. Siebzig- bis achtzigtausend Teilnehmer kamen im Berliner Lustgarten zusammen. Ernst Thälmann sprach im Hallenser Volkshaus. So wie in Halle und Berlin ließen sich in ganz Deutschland Anhänger der KPD von deren Losungen in den

28 Aldo Agosti: *Reform und Revolution in der Dritten Internationale. In: Detlef Albers/Franco Andreucci (Hrsg.): Der Weg der Arbeiterbewegung nach 1917. Zur sozialistischen Theorie der Zwischenkriegszeit. Frankfurt am Main 1985. S. 44.*

29 Siehe Klaus Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. S. 54ff.*

Bann schlagen. »Die Sowjetunion, Herz und Hirn im revolutionären Befreiungskampf der Unterdrückten aller Länder, ist Blut von unserem Blut, Fleisch von unserem Fleisch: Unser Schicksal ist von ihrem Schicksal nicht zu trennen«³⁰, hieß es im Manifest der KPD. Ihre Autoren mochten es sich nicht träumen lassen, daß diese Losungen auf teils grausige teils tragische Weise wahr werden würden.

Die KPD des Jahres 1927 – zehn Jahre nach dem Oktober 1917 – stand kurz vor einer Wende, die die Entscheidung bot zwischen dem Weg genuiner proletarischer Emanzipation eines demokratischen Sozialismus in der Folge Rosa Luxemburgs, Paul Levis, August Thalheimers oder Antonio Gramscis und dem Weg der Verabsolutierung der Russischen Revolution. Wenn richtig ist, daß die Oktoberrevolution – wie Eric Hobsbawm vermutet – »nur ihre Art erbarmungslosen, brutalen Kommandosozialismus hervorbringen konnte«³¹, dann stellt sich die Frage nach einem eigenen und unabhängigen Wesen der kommunistischen Parteien anders. Jedoch: Hobsbawm zitiert an gleicher Stelle den großen Ökonomen Oskar Lange, der auf seinem Sterbebett nach der Rückkehr aus den USA in sein Geburtsland Polen und dem Versuch, beim Aufbau des Sozialismus mitzuhelfen, sagte: »Wäre ich in den zwanziger Jahren in Rußland gewesen, dann hätte ich Bucharins Politik der graduellen Entwicklung unterstützt. Wäre ich Berater für die sowjetische Industrialisierung gewesen, dann hätte ich flexiblere und begrenzte Ziele empfohlen [...] Aber wenn ich so zurückdenke, frage ich mich immer wieder: Hat es eine Alternative zu dem wahllosen, brutalen und im Grunde völlig planlosen Vorwärtssturm des ersten Fünfjahrplans gegeben? Ich wollte, ich könnte die Frage bejahen, aber das kann ich nicht. Ich weiß einfach keine Antwort.«³²

Nachbemerkung

Der vorstehende Text steht für den Autor in einer besonderen bio-bibliographischen Kontinuität. Verfaßt im Nachdenken über das Wirken der Russischen Revolution in diesem Jahrhundert, stellen sich an dessen Ende völlig andere Fragen als noch Jahrzehnte zuvor.

30 *Aus dem Manifest der KPD. In: Inprekorr 7(1927)108. S. 2344.*

31 *Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995. S. 616.*

32 *Ebenda. S. 617.*

Geboren ein Jahr nach dem Ende des Hitlerfaschismus, aufgewachsen in einem sozialistischen Elternhaus, sozialisiert und politisch geprägt von dem wohl hoffnungsvollsten Jahrzehnt der DDR, den sechziger Jahren, stand der Weg der Geschichte, der seit der Oktoberrevolution zwangsläufig zum Sozialismus zu führen schien, für ihn und seinesgleichen nicht in Frage. Strittig waren Zeiträume, Widerstände, Wege. Kuba, die koloniale Befreiungsbewegung, der Sputnik, neue, eigenständige Lebensformen in Kunst und Kultur, im Alltag prägten das Lebensgefühl. Die konservative, als spießig empfundene BRD-Gesellschaft schied als Alternative aus. Die gravierenden Demokratiedefizite des politischen Systems wurden – auch mangels anderer Erfahrungen und der Abschottung von internationalen Entwicklungen – teils nicht erfaßt, teils zu überwindbaren Kinderkrankheiten erklärt. In diesem sozio-kulturellen Umfeld stand die Weltwirkung der Oktoberrevolution nicht zur Disposition. Wie Eric Hobsbawm eindrucksvoll beschreibt, beschränkte sich die Vorstellung von der realen Systemkonkurrenz, die also auch die Möglichkeit der Dominanz des »realen Sozialismus« einschloß, nicht auf Sozialisten. Auch ernstzunehmende Analytiker der anderen Seite räumten sie – aus ihrer Sicht als Gefahr – ein.

Schwerer zu erklären ist, warum so viele Intellektuelle in der DDR darunter – auch der Verfasser – solange der marxistisch-leninistischen Orthodoxie anhängen. Ein entscheidender Punkt war die Halbherzigkeit der bewußt oder unbewußt verschleiern, entstellenden und letztendlich verfälschenden Stalinismuskritik. Die gezielte Ausblendung der Vielfalt und in sich reichen wie widersprüchlichen Gedankenwelt sozialistischen Denkens, die Dominanz des Macht- und Sicherheitsdenkens in Freund-Feind-Kategorien führte zu einer partiellen Kritik an Stalin, die einer Rettung des Stalinismus im Gewand des Poststalinismus gleichkam.

In der historischen Analyse spielte das Leninismus-Axiom eine entscheidende Rolle. Die Kritik an Stalin – der Begriff Stalinismus war ein gegnerisches Unwort – führte zu einer subjektiv ehrlichen oder auch demagogischen Rückbesinnung auf Lenin. Indem diese Rückbesinnung sich jedoch des Leninismus-Begriffs bediente, rettete sie das Stalinsche Konstrukt des Marxismus-Leninismus, das in Lenins Werk die allgemeingültige Weiterentwicklung des Marxismus im 20. Jahrhundert sah. Damit wurden Politik und Theorie der Arbeiterbewegung mit dem Maßstab des Leninismus gemessen, Rosa Luxemburg zwar vor

dem Rufmord Stalins in Schutz genommen, jedoch danach bewertet, wie sie als Theoretikerin in der Leninschen Periode der Entwicklung des Marxismus sich der Erkenntnis Lenins annähert hatte. Eigenständige Beiträge wurden nach ihrer Kompatibilität mit dem leninistischen Paradigma bewertet. Arbeiten des Verfassers – auch zum Thema des vorstehenden Aufsatzes – in den siebziger und zum großen Teil auch noch in den achtziger Jahren blieben diesem Paradigma verhaftet. In ihrem Rahmen waren begrenzte Erkenntnisfortschritte möglich, auch eine Mimikry, die die Vielfalt marxistischen Denkens als leninistisch in den eingeschränkten Diskurs einbrachte.

Im Verlaufe der achtziger Jahre differenzierte sich die geschichtswissenschaftliche Debatte auch in solchen Bereichen, die als innerer Zirkel der Parteigeschichtsschreibung begriffen wurden. Mit der Analyse des Bildes, das sich die Kommunisten vom Kapitalismus machten, gelang ein realistischer Ansatz zur Erklärung ihrer strategischen Konzepte. Eigenständige Forschungsergebnisse gerieten immer stärker in Konflikt mit der parteioffiziellen Legendenbildung, in deren Zentrum das »leninistische Zentralkomitee unter der Leitung Ernst Thälmanns« stand. Gleichzeitig behinderten eigene Denkblockaden den radikalen Bruch mit diesem Geschichtsbild. Die mit der Perestroika einhergehende Revision der Geschichte der kommunistischen Bewegung blieb inkonsequent, führte jedoch gerade in der DDR – weit über die Historikerzunft hinaus – zu einer Erschütterung poststalinistischer Geschichtsmonumente und auch zu verschärften Auseinandersetzungen innerhalb der Geschichtswissenschaft. So war selbst im Rat für Geschichtswissenschaft, dem vom Institut für Marxismus-Leninismus dominierten obersten Fachgremium der DDR-Geschichtswissenschaft, im Frühjahr 1989 die von ihrem Leiter eingeforderte Solidarisierung mit einem gerade auf die Geschichte der kommunistischen Bewegung zielenden unsäglichem Anti-Perestroika-Pamphlet der Direktorin der Parteihochschule der SED, hinter dem offenkundig Erich Honecker stand, nicht mehr zu haben. Drohten damals noch berufliche Sanktionen, so eröffnete der sich in atemberaubendem Tempo beschleunigende Erosionsprozeß des politischen Systems in der DDR auch neue Einsichten und Freiräume für die Debatte um die Geschichte des Kommunismus. Noch immer ging es für viele Intellektuelle – auch für den Autor, um radikale Reformen zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft, zur Wahrung eines eigenständigen Weges der DDR. Bezogen auf die

Geschichtswissenschaft forderte der Verf. im November 1989: »Es muß gebrochen werden mit einer Sicht auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die das Traditions- und Selbstverständnis der sogenannten Thälmannschen Parteiführung, das konkret historisch zu bewerten ist und das zu unserer Tradition gehört, mit größeren oder kleineren Korrekturen bis in die Gegenwart fortgeschrieben hat. Wir haben alle Fraktionskämpfe in unserer Geschichtsschreibung bis in die Gegenwart nachgefochten. Alle Versuche, das zu ändern, wurden zurückgeschlagen. Retuschen wurden angebracht, wo Rekonstruktion notwendig war. Wir brauchen ein grundsätzlich neues Traditionsverständnis von der Geschichte der Arbeiterbewegung in unserem marxistisch-leninistischem Sinne.«³³ Diese Forderungen, die heute als weltfremd und als verspätet erscheinen mögen, zeigen vor allem, daß sie innerhalb des marxistisch-leninistischen Paradigmas verblieben, wiewohl schon weit entfernt von der scholastischen Enge der siebziger Jahre. Postmortale Besserwisser mögen bedenken, daß es auch im historischen Erkenntnisprozeß einen Unterschied macht, ob der Diagnostiker Krankheitssymptome – auch zurückliegende – als überwundene und überwindbare Krisen betrachtet oder in ihnen die fortschreitende Metastasierung sieht, die zwangsläufig zum Tode führen muß. Das eigentliche Problem liegt zwischen diesen Extremen.

Das Projekt Oktoberrevolution ist gescheitert und mit ihm der Parteikommunismus bolschewistischen Typs. Erst mit der Einsicht dieses Scheiterns eröffneten sich neue Perspektiven. Der endgültige Bruch mit dem Paradigma des Marxismus-Leninismus war schmerzhaft und befreiend zugleich. Gerade der Abschluß einer Epoche ermöglicht es jedoch, der Frage nach den Gründen des Scheiterns und den möglichen Alternativen nachzugehen.

33 Klaus Kinner: *Warum es geht!* In: *Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR*. Berlin (1990)1. S. 15.

SIEGFRIED PROKOP

*MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DES SOZIALISMUS IN DER DDR**

Zur Periodisierung

Die DDR-Geschichte hat eine zeitliche Dimension von reichlich viereinhalb Jahrzehnten. Diese Zeitspanne kann grob in vier Perioden eingeteilt werden: *erstens* die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone, die Zeit der Vor- und Entstehungsgeschichte der DDR, *zweitens* die Ära Ulbricht (1949/1960–1970), *drittens* die Ära Honecker (1971–1989) und *viertens* der demokratische Aufbruch 1989 und dessen Abbruch infolge liquidatorischen Anschlusses an die Bundesrepublik 1990.

Jede dieser Perioden bedürfte einer gründlichen Analyse, die hier nicht geleistet werden soll und kann. Es geht hier lediglich um die Benennung einiger Grundtrends unter vorwiegender Berücksichtigung der DDR-Entwicklung während der Ulbricht- und der Honecker-Ära.

Die Ulbricht-Ära

Schauen wir uns diese Perioden unter Berücksichtigung der statistischen Aspekte an, so fällt zunächst auf, daß die Phase des Aufstiegs der DDR fast identisch mit der Ära Ulbricht ist. Lediglich die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR, ein in der Tat bedeutender Gipfel der DDR-Entwicklung, reicht in den Beginn der Ära Honecker hinein. Die Anerkennung ist aber eher das Resultat der vorhergehenden Fortschritte der DDR und ihrer Bündnispartner. In der Ära Ulbricht wurden nicht nur die bekannten, enormen Reparationsleistungen für ganz Deutschland erbracht, sondern auch ein Wirtschaftsaufschwung erreicht, der im Westen als »zweites deutsches Wirtschaftswunder« anerkannt worden ist. Die DDR vermochte trotz weitgehend schwieriger Bedingungen Leistungen auf den verschie-

* *Koreferat zum Vortrag von Ernstgert Kalbe im Workshop »Modernisierung« der Konferenz »Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive« in Hannover am 15. März 1997.*

denen Gebieten hervorzubringen, auf die nur wenige kleine Länder vergleichbarer Größenordnung verweisen konnten. Es sei auf Theater mit Weltruhm wie das Berliner Ensemble mit Bert Brecht oder die Komische Oper unter Walter Felsenstein verwiesen. Der Sport zu Zeiten eines Helmut Recknagel und Täve Schur, einer Gisela Birkemeier wurde mit Achtung in aller Welt zur Kenntnis genommen. Es wäre auch zu einfach, wollte man der Ära Honecker jeglichen Erfolg absprechen.

Die Honecker-Ära

Honecker begann seine Politik 1971 mit einem im Vergleich zu Ulbricht modernen Stil. Er versprach zunächst mehr Liberalität in der Kulturpolitik. Die Abschaffung des § 218 gegen Stimmen von CDU-Abgeordneten in der Volkskammer hatte für die Frauenemanzipation eine enorme Bedeutung. Die soziale Verbesserung der Lage der Familien sicherte, daß die DDR trotzdem ein geburtenfreudiges Land blieb und erstmals ein Land wurde, in dem die zur Welt kommenden Kinder Wunschkinder waren. Bedeutsam war, daß Erich Honecker sehr viel Wert darauf legte, die Politik der Entspannung materiell zu fundieren. Seine extensive Kreditpolitik dürfte zunächst in dieser Intention ihren Ausgangspunkt gehabt haben. Honecker war davon überzeugt und stand dafür ein, die deutsche Teilung für die Menschen erträglicher zu machen. Seine Abgrenzungspolitik stand dazu scheinbar im Widerspruch. Er verstand sie als Vorbedingung dafür, wesentlich weitergehende Schritte im Vergleich zu Ulbricht im deutsch-deutschen Verhältnis gehen zu können. Das haben damals die Politiker des Westens wohl auch so verstanden, sonst hätten sie Honecker nicht so stark unterstützt. Auch war Honecker flexibler als Ulbricht in allen Fragen der internationalen Politik. Dies hat den Prozeß der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR Anfang der siebziger Jahre befördert. Ohne seine Beweglichkeit dürfte der KSZE-Prozeß bis 1975 nicht solche Fortschritte gemacht haben und die internationale Anerkennung, einschließlich UNO-Mitgliedschaft der DDR im Jahre 1973, wohl nicht erreicht worden sein. Während der gefährlichen Block-Konfrontation in der Phase der ersten Reagan-Administration erreichte Honecker mit seiner Dialog-Politik weltweites Ansehen.

Im Widerspruch zu Honeckers Beweglichkeit im deutsch-deutschen Verhältnis und auf dem Felde der internationalen

Politik stand seine Reformfeindlichkeit, seine Starrheit im Innern. Der Beginn der Ära Honecker war gleichbedeutend mit dem endgültigen Aus für das NÖS. Alles in allem können die sechziger Jahre und die erste Hälfte der siebziger Jahre als Kulminations- und Scheitelpunkt der DDR-Entwicklung angesehen werden.

Infolge des Reformabbruchs schwenkte die DDR nach der Besetzung der CSSR im Jahre 1968 ebenso wie andere osteuropäische Länder auf den von L. I. Breshnew bestimmten Stagnationskurs der Sowjetunion ein. Honeckers Anhänglichkeit gegenüber Breshnew beförderte vor allem am Beginn der siebziger Jahre eine besondere Sowjethörigkeit. Ulbricht hatte ein Gespür dafür gehabt, welche Bedeutung die Mehrsektorenwirtschaft für den ökonomischen Erfolg der DDR hatte. Vor allem die Kombination von großen sozialistischen Industriebetrieben mit einer Vielzahl mittlerer und kleiner privater Industriebetriebe (einschließlich derer mit staatlicher Beteiligung) hatte sich in der DDR sehr bewährt. Ulbricht hatte alle sowjetischen Attacken gegen diese zu stark privat geprägte Wirtschaftsstruktur abgewehrt.¹ Honecker hingegen fügte sich den sowjetischen Wünschen und ließ mit aktiver Hilfe und Unterstützung durch die CDU, die LDPD und die NDPD die privaten und halbstaatlichen Betriebe in VEB umwandeln, womit er der DDR-Wirtschaft ein außerordentlich erfolgreiches und innovatives Segment nahm.

Honecker führte die DDR-Wirtschaft auf einen der UdSSR vergleichbaren Stagnationskurs. Im Politbüro hatte er es – mit Ausnahme Alfred Neumanns – mit Leuten zu tun, die ihm beim Sturz Ulbrichts behilflich gewesen waren und die deshalb ihren Platz im Führungszentrum behalten durften. Kennzeichnend für die Politbüromitglieder der Honecker-Ära war ein hoher Grad persönlicher Abhängigkeit vom Generalsekretär, die von vornherein wirkliche Kollektivität ausschloß.² Das Politbüro der Ho-

1 Dazu bemerkte Julij A. Kwizinskij: »Wenn hochrangige Vertreter der Sowjetunion nach Berlin kamen, dann debattierten sie gern mit Ulbricht darüber, ob der Anteil des Privateigentums in der DDR nicht zu hoch sei und ob man nicht entschlossener zur vollen Verstaatlichung aller Produktionsmittel schreiten müsse. Ulbricht blieb fest. Nein, sagte er, der Privateigentümer sei besonders im Dienstleistungsbereich außerordentlich wichtig für ein normales Funktionieren der sozialistischen Wirtschaft.« (Julij A. Kwizinskij: *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*. Berlin 1993. S. 174.)

2 Was hier für Honecker hervorgehoben wird, widerspiegelt nur einen Grundzug bürokratischer Herrschaft, ist also grundsätzliches strukturelles Pro-

necker-Zeit setzte sich nicht mehr wie in der Ära Ulbrichts aus souveränen und unabhängigen Persönlichkeiten zusammen. Im gewissen Sinne trifft auf die Honecker-Ära zu, was Max Weber über sultanische Herrschaft geschrieben hatte.⁵

Das Politische System und die zentrale Planwirtschaft gerieten wie in der UdSSR auch in der DDR immer mehr in Widerspruch zum aufkommenden High-Tech-Zeitalter. Die starren Produktionsverhältnisse wurden zur Fessel für die immer dynamischer sich durchsetzenden Produktivkräfte. Der Anspruch auf ein Informationsmonopol der SED und die EDV paßten letztlich nicht zusammen. Die bisherige wirtschaftliche Stärke in der Phase der Industrialisierung und des extensiven Aufbaus der Industrie schwand dahin. Der nächste Modernisierungsschritt, der in der DDR anvisierte Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion, war mit den alten Planungsmechanismen und im Rahmen des starren politischen Systems nicht realisierbar. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam die gerade als »dynamischste Wirtschaftsregion« gepriesene Wirtschaft des RGW auch deshalb ins Stocken, weil der Bericht des Club of Rome »Grenzen des Wachstums« fehlgedeutet und notwendige ökologische Erfordernisse verkannt wurden. Honecker führte die extensive Sozialpolitik trotz der 1974/1975 erfolgenden enormen Preiserhöhungen für Erdöl und andere Rohstoffe fort, obwohl eine tiefeinschneidende Strategieänderung erforderlich gewesen wäre. Damit geriet die Sozialpolitik in einen Gegensatz zur Wirtschaftspolitik. Mangelnde wirtschaftliche Effektivität suchte Honecker durch Westkredite zu kompensieren. Das wurde im

blem. Schon Leo Trotzki hatte in der »verratenen Revolution« und später auch Rudolf Bahro (Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Berlin 1990. S. 251f.) darauf hingewiesen, daß in bürokratischen Organisationen nicht die Fähigsten aufsteigen, sondern die Anpassungsfähigsten. Fügsamkeit stand an erster Stelle. Kompetenz durfte auch sein, aber erst an dritter Stelle. Einmal oben angelangt, durfte nichts mehr riskiert werden, wenn Macht und Privilegien erhalten bleiben sollten. In diesem Umfeld regierte Honecker. Krolkowski notierte über diesen Stil am 16. Dezember 1980: »Er duldet keinen Widerspruch und ist für sachliche Problemdiskussionen nicht mehr zugänglich. Er behandelt die anderen wie die Puppen.« (Zitiert nach Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 340.)

3 Unter sultanischer Herrschaft verstand Weber eine in ihrer Verwaltung sich primär in der Sphäre freier traditionsgebundener Willkür sich bewegende Patrimonialherrschaft. Bei der völligen Abhängigkeit vom Herrn, fehle jede Garantie gegen Herrenwillkür. (Siehe Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft der verstehenden Soziologie. 5. Aufl. Tübingen 1972. S. 233.)

Westen von keinem geringeren als Franz Josef Strauß bis zur letzten Konsequenz erkannt. Er erklärte am 12. April 1984: »Die Frage, wer oder welches Gesellschaftssystem siegt, eine Frage, die ja von den Kommunisten immer angeschnitten wird, die früher mit dem Sieg des Sozialismus natürlich angekündigt wurde, diese Frage wird heute nicht im Flachfeuer der Munitionsbarrikaden oder im Nichtstun entschieden, die wird nach meiner Überzeugung entschieden durch die moderne Kommunikations- und Informationstechnik, die wird entschieden in den Studios der Wissenschaftler, in den Sälen der technischen Entwicklung und den Hallen der modernen Produktion. Das sind für mich, in meinen Augen, die Felder der Auseinandersetzung. Und da haben wir nichts zu scheuen. Es wird lange dauern, ein historischer Prozeß, aber ich bin überzeugt, am Ende dieses Prozesses steht der Sieg der Freiheit.«⁴ Strauß verhielt sich also konsequent und in Übereinstimmung mit seiner Analyse, als er mit Milliardenkrediten den Prozeß der Westverschuldung der DDR beschleunigte. Zu beachten ist bei der Analyse von Strauß auch, daß er sich hütete, die Systemscheidung als von vornherein klar und feststehend hinzustellen.

Die Frage, ob Honecker angesichts der im Zeichen der Entspannung immer mehr hautnahen Systemkonkurrenz wirklich eine andere Politik hätte durchführen können, ist strittig und bedarf der weiteren Diskussion. Offensichtlich ist, daß er die Sozialpolitik als Mittel der Stabilisierung seines konservativen Konzepts benötigte.⁵ Sie war Mittel seines Herrschaftsstils. Er tat dies trotz unvertretbar hohen Schuldensockels und auf Kosten der Akkumulation. Das konnte auf die Dauer nicht gut gehen.

Dieser Blick auf die Ulbricht- und Honecker-Ära reicht für die Beantwortung der Frage, die uns hier interessiert, nicht aus. Ganz falsch wäre es, schematisch die Ulbricht-Ära als die Erfolgs- und die Honecker-Ära als die Mißerfolgsperiode zu charakterisieren. Wesentliche Fehlstrukturierungen erfolgten in der DDR kongruent zur Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern schon in der Ulbricht-Ära.

⁴ Franz Josef Strauß in der »Bonner Runde« des ZDF am 12. April 1984. Zitiert nach: *Thematische Information und Dokumentation der Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Reihe B. Heft 63. Berlin 1987. S. 18.*

⁵ Siehe Gert-Joachim Glaesner (Hrsg.): *Der lange Weg zur Einheit. Berlin 1993. S. 11–13.*

Das Grundproblem

Das Grundproblem kann verkürzt so benannt werden: *Es gelang nicht, den Schritt von der Übergangsperiode zu einem wirklich entwickelten Sozialismus zu vollziehen.* Alle Strategien nach der Übergangsperiode, wie sie sich auch immer nannten – »entfalteter Aufbau des Sozialismus« (1962), »umfassender Aufbau des Sozialismus« (1963), »Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus« (1967) oder »Gestaltung des entwickelten Sozialismus« (1971) –, blieben auf die »Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus« (1957) fixiert, wo ein Durchbrechen der Strukturdefekte des autoritären Sozialismus erforderlich gewesen wäre.

Es ging vor allem dem Politbüro um die Befestigung bereits usurpierter Macht. Ein Fortschreiten zu einem politischen System des Sozialismus wurde dadurch unmöglich. So blieb es bei der politischen Primitivstruktur der Übergangsperiode und deren Regression als »sultanische Herrschaft« (Max Weber). Diese wiederum ermöglichte die Negierung ursprünglicher Erkenntnisse seit Marx, Engels und Lenin. Günter Mittags Welt der Kombinatriesen bedeutete die vollendete Monopolisierung in der Wirtschaft, von der der Westen längst abgegangen war. Fäulnisprozeß und Dino-Natur wurden im Osten schließlich verantwortlich dafür, daß den hohen Anforderungen der in den siebziger Jahren mit Vehemenz einsetzenden neuen Technik-Revolution, der dritten, nicht entsprochen werden konnte.

Die Chance 1956/1957

Unbestritten stellte die Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU auch für die DDR eine große Chance dar, mit dem Konzept des sowjetisch geprägten autoritären Sozialismus zu brechen und stattdessen demokratisch-sozialistischen Konzepten den Vorzug zu geben.

Zur Bewertung der Chance des Jahres 1956 soll das Urteil namhafter Zeitgenossen Berücksichtigung finden. Wolfgang Leonhard hält die Plattform für die positivste Tat im Leben Harichs: »Für mich beruht diese Plattform auf einer genauen Analyse der realen Situation der DDR von 1956 und der Herausstellung genau jener Reformen, die zu der notwendigen, von der Bevölkerung damals sicher unterstützten Wandlung geführt hätte.«⁶ Hans Mayer schrieb über die Chance 1956: »Zeitweilig

glaubten wir, es gab eine reale Chance. Die Situation mit Ulbricht konnte nicht dauern. Daß 1956, in der Periode des sogenannten Tauwetters, eine Mannschaft aus Kadern der Partei, der anderen Organisationen und der übrigen Bevölkerung bereitstand, um das Ulbricht-System zu stürzen, ist sicher. Es sind nicht die Leute gewesen, die Ulbricht dann einsperren ließ. Er war in dieser Beziehung ebenso geschickt wie feige, er hat nur Leute wie Harich und Janka genommen, die damals im Westen und in der Welt nicht bekannt waren. Es ist übrigens interessant, daß auf der ersten Liste, die Generalstaatsanwalt Melsheimer aufgestellt hatte, neben Harich unbedingt auch ein Jude und ein Homosexueller sein mußten. Man hatte sie zusammengestellt, um den Volkszorn der DDR zu erregen, aber niemand wirklich Prominenten genommen. Ich bin überzeugt – Solschenizyn war ja auch in Moskau, der ›Iwan Denissowitsch‹ war erschienen – Chruschtschow hätte diese Ablösung nicht behindert. Dann kam der ungarische Aufstand, die Panzer, der Rückschlag. Lukàcs wurde verhaftet.«⁷

Hans Mayers Bewertung wird man kaum widersprechen können. Es gab 1956 nicht nur unter den Intellektuellen des Kulturbundes eine alternative Programmatik, die in Harichs Memorandum und Plattform gipfelte, dieser Ansatz war auch im Politbüro und in Regierungskreisen feststellbar. Selbst Otto Grotewohl ging davon aus, daß nach dem XX. Parteitag der KPdSU das Ziel in einem »westlichen Sozialismus«⁸ bestünde. Das theoretische Denken erlebte in der DDR einen Aufschwung wie in keinem anderen Land.

Auf Initiative von Ernst Bloch, Wolfgang Harich und Georg Klaus fand vom 8. bis 10. März 1956 an der Akademie der Wissenschaften die Konferenz »Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus«⁹ statt. Dieser »erste Versuch

6 Wolfgang Leonhard: *Begegnungen mit W. Harich. Interview I. In: Siegfried Prokop (Hrsg.): Ein Streiter für Deutschland. S. 229.*

7 »Wer hier verliert, das ist noch gar nicht ausgemacht«. Gespräch mit Hans Mayer. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 24./25. Juni 1995. S. 13.

8 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO. BArch. ZPA) NL 90/301. Bl. 44.

9 Das Protokoll erschien unter diesem Titel in einem Umfang von 549 Seiten 1956 im Akademie Verlag. Im Dezember 1956 wurden die verkauften Exemplare des Buches auf makabre Weise »rückgeholt«. Nur wenige Exemplare dürften überlebt haben. Der Verf. dankt Harald Wessel dafür, daß er ihm Einblick in das seltene Protokoll-Exemplar gewährte und weitere Informationen aus seinem »Akten-Container« zur Verfügung stellte.

einer philosophischen Neubestimmung der internationalen Linken nach Stalins Tod«¹⁰ führte Ernst Fischer, Roger Garaudy, Leszek Kolakowski, Ernst Bloch, Hermann Duncker, Friedrich-Karl Kaul, Rudolf Schottländer und Kurt Hager mit den Konferenzinitiatoren zusammen. Der ebenfalls eingeladene Georg Lukács konnte nicht teilnehmen. Harich, der eine »marxistische Anthropologie« verlangte, sprach über »Das Rationelle in Kants Konzeption der Freiheit«. Dieser erste Versuch einer theoretischen Neubestimmung sollte zugleich die letztmalige Begegnung eines so erlauchten Gremiums linker Denker in der DDR werden. Der im Ergebnis der sowjetischen Intervention in Ungarn möglich gewordene Sieg Ulbrichts führte zu jener bekannten Abrechnung mit Bloch, Lukács, Harich und Janka. Die nach Chruschtschows halbherziger Kritik am Personenkult um Stalin 1956 kaum in Gang gesetzte Rückkopplung zwischen Theorie und Politik kam wiederum ins Stocken. Ulbricht war zu klug, diese Rückkopplung vollends zu unterbinden. Mit der 1957 vollzogenen Gründung des Forschungsrates der DDR kanalisierte er sie auf das weite Feld der Naturwissenschaft und Technik. Außerdem bemühte er sich, Einzelemente der Harichschen Plattform trotz der öffentlichen Verunglimpfung als »konterrevolutionär« in seine Politik einzubauen, aber eben in das Ulbrichtsche Konzept eines autoritären Sozialismus – mitunter auch, jedoch unpräzise, als Poststalinismus bezeichnet.

Die Chance des Reformjahrzehnts der sechziger Jahre

In Politik, Gesellschaft und Staat beförderte er jedoch auch angesichts der erneuten Krise von 1960/1961 die parteipolitische Zentralisierung. Als Krisenmanagement mit zeitweiliger Dauer hatte das gewiß Sinn gemacht, wenn sodann der notwendige gesellschaftliche Modernisierungsschritt nicht blockiert worden wäre, den Robert Havemann (mit der Demokratisierung) als den notwendig zweiten Schritt der Revolution verstand. Wir wissen, daß trotz des beachtlichen Nachweises der Reformfähigkeit, den das NÖS (die Wirtschaftsreform) erbrachte, es zu einem Fortschritt in Richtung Reform des politischen Systems kam. Ansätze waren sowohl mit der These des VI. Parteitag der SED vom

¹⁰ Harald Wessel: *Ein Denker zwischen Dichternamen. Erinnerungen an den Philosophen Wolfgang Harich. S. 1. – Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« verweigerte die Veröffentlichung. – Kopie im Besitz des Verf.*

Übergang von der Diktatur des Proletariats zum Staat des Volkes gegeben wie durch den erneuten Mitglie­derzu­lauf zu den anderen Parteien ab Mitte der 60er Jahre. Auch Ulbricht selbst gab mit der Aufnahme der Kybernetik in die Gesellschaftstheorie ansatzweise zu erkennen, daß ihm die alten ML-Dogmen als Führungsinstrumentarium nicht mehr reichten. Die Übermacht gegenüber diesen insgesamt zaghaften Ansätzen für eine politische Reform neigte sich im Politbüro in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zur reformfeindlichen Honecker-Gruppe, die sich zugleich auf die Breshnew-Administration in Moskau stützen konnte. Dies aber entschied letztlich darüber, daß die »kritische Funktion der Theorie gegenüber der Politik«¹¹ verloren ging und die DDR wie andere osteuropäische Länder nach 1968 sich Schritt für Schritt in eine Sackgasse bewegte.

Schlußbemerkung

Die Existenz der DDR kann nicht als Vorgeschichte ihres Endes interpretiert werden. Das Muster »Abstieg auf Raten« ist zu simpel. Mary Fulbrook ist zuzustimmen, wenn sie schreibt, daß »einfache Konzepte, die nur den repressiven Charakter des SED-Regimes hervorheben, nicht ausreichen, um den Aufbau, die Stabilität und den Untergang der DDR zu erklären«¹². Interpretation der DDR-Geschichte bedarf der strikten Sachlichkeit. Wo diese verlassen wird, steht auch die Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung in Frage.

Ostdeutsche vergleichen die Lebensqualität damals und heute. Umfragen belegen dies. Im Westen werden die Verschiebungen im Meinungsbild als »dramatisch«¹³ empfunden. 1990 nannten Ostdeutsche von 16 nur drei Bereiche, in denen die DDR besser war. Bis 1995 stiegen die Zustimmungswerte deutlich: Gleichberechtigung der Frau von 67 auf 87, soziale Sicherheit von 65 auf 92 und Schutz vor Verbrechen von 62 auf 88 Prozent. Vier Bereiche kamen 1995 hinzu: Die Berufsausbildung stieg

11 Günter Söder: *Theorie und Politik in der sozialistischen Bewegung. In: Geschichts-Korrespondenz. Berlin* 3(1997)1. S. 15.

12 Mary Fulbrook: *Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: Richard Bessel/ Ralph Jessen: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen* 1996. S. 275.

13 Siehe Ilse Spittmann: *Fünf Jahre danach – Wieviel Einheit brauchen wir? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn* (1995)38. S. 4.

von 33 auf 77, die Schulbildung von 28 auf 64 Prozent und die Versorgung mit Wohnungen von 27 auf 53 Prozent. Der Sympathiewert des Kommunismus nahm von 7 Prozent 1990 auf 24 Prozent im Jahre 1995 zu.¹⁴ Mehrere Umfragen 1994/1995 signalisierten die Sympathie von 50–70 Prozent der Ostdeutschen für den Sozialismus, bei gleichzeitiger Kritik an den DDR-Politikern. Die soziale Erfahrung von Millionen Ostdeutschen in beiden Gesellschaften wird längerfristig zu dem überlegenen Gefühl führen, das die Ostdeutschen den Westdeutschen voraus haben werden. Die positive sozialistische Erfahrung einer Mehrheit von Ostdeutschen bereitet Frau Nölle-Neumann und dem konservativen Lager schweres Kopfzerbrechen. Auch Joachim Gauck meint, daß es vor allem darauf ankomme, den Sozialismus zu delegitimieren.¹⁵ Das kann allerdings nicht die Aufgabe von Wissenschaftlern in einer Demokratie sein. Sozialistische Ideale haben ebenso ihre Berechtigung wie der Liberalismus oder die des Christentums. Parteinahme gegen diese Ideale kann als Anzeichen der massiven undemokratischen Tendenzen des gegenwärtigen Zeitgeistes angesehen werden. Das Umschreiben der DDR-Geschichte im Auftrage der Deutschen Bank bedarf unseres heftigen Widerspruchs.

¹⁴ Siehe »Berliner Zeitung« vom 1. August 1995.

¹⁵ So äußerte sich Joachim Gauck in einem Vortrag in der Adenauer-Stiftung in Berlin am 13. Februar 1997.